



Friedrich Schubring-Giese:

Versicherungskammer bleibt Regionen verbunden

Wie der Vorstandsvorsitzende auf einer Pressekonzert betonte, wartet die Kammer mit besonderen Serviceleistungen für Kommunen auf.

Seite 5



Dr. Gabriele Pauli:

Verstärkt an die Zukunft der Senioren denken

Im Rahmen einer Agenda-Veranstaltung wies die Landrätin darauf hin, dass das Pflegeheim nicht die einzige Alternative sein kann.

Seite 16



Leonhard Dunsheimer:

Ehrenamtlicher Präsident an der Verbandsspitze

Der Genossenschaftsverband Bayern wird nunmehr geführt vom Vorstandsvorsitzenden der Räfleisen-Volksbank Ries eG in Nördlingen.

Seite 8

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 7. Juli 2005

56. Jahrgang / Nummer 13

Bayerischer Sparkassentag 2005 in Regensburg:

„Banking is people“

Nähe zum Kunden als herausragende Stärke / „Angriffsstrategie“ soll in wichtigen strategischen Geschäftsfeldern Markanteile erobern

Betont kämpferisch präsentierte sich der Sparkassenverband Bayern bei seinem Verbandstag in Regensburg, der unter dem Motto „Bayerische Sparkassen – stark im Wettbewerb“ stand. Wie der Geschäftsführende Präsident Dr. Siegfried Naser betonte, sehe es die Sparkassen-Finanzgruppe als Beweis ihrer bisherigen richtigen Arbeit an, „dass wir mit unserem Modell zum Marktführer geworden sind und die breite Unterstützung von Politik, Kunden und der Wirtschaft in diesem Land haben“.

Freiheit im Wirtschaftsleben ist notwendig, aber unkontrollierbare und ungebundene Freiheit kann auch zu negativen Auswirkungen führen“, erklärte Naser. Er nannte es einen „fundamentalen Unsinn, wenn uns einige selbst ernannte Reformator

ren weismachen wollen, dass die Privatisierung, d.h. die Zerlegung der Sparkassen-Finanzgruppe mit der Folge der Übernahme durch einige shareholder value-getriebene in- und ausländische Großbanken ein Aufbrechen verkosteter

Strukturen sei“. Das Gegenteil sei richtig. Deutschland brauche alles – „vor allem aber die marktwirtschaftlich ohne Wettbewerbsvorteile arbeitende Sparkassen-Finanzgruppe, die dem öffentlichen Auftrag verpflichtet ist“.

Geld wandert ins Ausland

Aufsicht und Kontrolle müsse sein, auch gegenüber Sparkassen, fuhr Naser fort. Doch seien Überregulierung und ungleiche Geschäftsbedingungen innerhalb der EU nach wie vor ein Hemmnis für die Wirtschaftsentwicklung hierzulande und hätten bereits zum Abwan-



Den Vertrag über die Gründung des Bayerischen Reservefonds unterzeichneten im Rahmen des Sparkassentags 2005 (v.l.): der Landesobmann der bayerischen Sparkassen, Alois Hagl, der Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Siegfried Naser, der 1. Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Hansjörg Christmann, der Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Landesbank, Werner Schmidt, sowie der Vertreter des Vorsitzenden der BayernLB, Theo Harnischmacher. Dieser Fonds mit einem Haftungsvolumen von einer Milliarde Euro tritt am 1. Juli 2005 in Kraft. Durch den Fonds werden die bayerischen Sparkassen und die BayernLB in ihrem Bestand abgesichert.

Kultusminister Siegfried Schneider:

Votum für Qualität in der Erwachsenenbildung

„In wichtigen Punkten vereinbaren wir durchaus Übereinstimmung“, bilanzierte Karl-

Heinz Eisfeld, Vorsitzender des Landesbeirats für Erwachsenenbildung, das erste Gespräch des Beratungsgremiums mit Kultusminister Siegfried Schneider nach dessen Amtseinführung. Das Gremium, in dem achtzehn Organisationen mit öffentlichem Bildungsauftrag zusammengeschlossen sind, unterstützt besonders die Bedeutung des „ABC des Lebenslangens Lernens“. Danach steht die allgemeine Erwachsenenbildung gleichberechtigt neben der beruflichen Weiterbildung und sozial-integrativen Angeboten. Alle drei tragen zu Qualifizierung und Persönlichkeitsbildung und Integration bei.

Förderkriterium

„In Zukunft wird die Qualität im Bildungswesen eine größere Rolle spielen“, mahnte Kultusminister Siegfried Schneider vor (Fortsetzung auf Seite 2)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Städte tag in Kempten:

Städte ohne Kinder

Unter dem Motto „Städte ohne Kinder?“ tagt der Bayerische Städte tag am 14./15. Juli in Kempten.

Der Verbandsvorsitzende, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, und seine beiden Stellvertreter, Oberbürgermeister Christian Ude und Estor Bürgermeister Rudolf Schupp, informieren über die Forderungen des Verbandes an die künftige Bundesregierung zu den Themen Gewerbesteuer, Umsetzung von Hartz IV und Kostensenkung im Sozial- und Jugendhilfebereich.

Die demographische Entwicklung ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Mit großer Sorge beobachten die Städte die dramatisch sinkende Geburtenrate in Deutschland. Die Städte verändern ihr Gesicht, wenn kein Kinderlachen mehr zu hören ist. Schulen und Spielplätze werden. Die Professoren Dr. Johannes Hühnig und Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeyer führen in die Problematik der demographischen Entwicklung ein. Daran schließt sich eine Podiumsdiskussion zwischen den Wissenschaftlern, Vertretern der Kirchen und des Bayerischen Jugendrings an.

Am Freitag äußert sich der Verbandsvorsitzende, OB Hans Schaidinger, zum Tagungsthema. Anschließend findet ein Gespräch mit Sozialministerin Christa Stewens, Staatssekretär Peter Ruhenstroth-Bauer, einem Vertreter der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der Würzburger Rathauschefin Dr. Pia Beckmann statt.



Eintrag ins Goldene Buch (v.l.): Hans Jörg Duppré (Präsident des Deutschen Landkreistages), Frank-Jürgen Weise (Präsident der Bundesagentur für Arbeit), dahinter (v.l.): Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages), Landrat Theo Zellner, Cham (Vizepräsident des Deutschen Landkreistages), Bürgermeister Wolfgang Ludwig, Kitzingen.

In der Arbeitsmarktpolitik:

Mehr kommunale Verantwortung

Landkreistag für dezentralere Arbeitsverwaltung

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages (DLT) unterstützt die parteiübergreifenden Bestrebungen, den Landkreisen im Rahmen der Arbeitsmarktreform Hartz IV mehr Gestaltungspotenziale und Entscheidungsverantwortung zuzuerkennen. Anlässlich der Sitzung des Gremiums in Kitzingen unterstützte DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) gegenüber BA-Chef Frank-Jürgen Weise, der als Gast teilnahm, nachdrücklich die in Aussicht gestellte stärkere Dezentralisierung der Arbeitsverwaltung.

„In den Arbeitsgemeinschaften müssen regionale Besonderheiten berücksichtigt werden, zentralistische Vorgaben aus Nürnberg unterbleiben und die mitwirkenden Kommunen als gleichberechtigte Partner angesehen werden. Zudem begrüßen wir eine Öffnung der sog. Optionslösung für alle Kommunen. Das ist eine Kernforderung, für die wir uns nach wie vor uneingeschränkt einsetzen.“

Vor dem Hintergrund voraussetzungsbehafteter Bundesstaatsneugier hat die öffent-

liche Diskussion um die Arbeitsmarktreform Hartz IV an Fahrt aufgenommen. Insbesondere Fragen der Aufgabenverteilung für die Betreuung und Vermittlung (Fortsetzung auf Seite 4)



Als eine Pilotgemeinde in punkto Bürgerservice und schlanker Verwaltung gesucht wurde, war der Bürgermeister sofort zur Stelle. Das Städtchen soll ein virtuelles Exemplar bekommen. Doch sind die Aussichten hierfür nicht nur rosig, weiß die Vorzimmerperle zu berichten. Stichwort: Mobilfunk-Volksbegehren. S. 15



„Virtuelle Behörde“ Partner der Kommune

Service der Gemeindezeitung für Bayerns Kommunen

Als besonderen Service für Entscheidungsträger und EDV-Spezialisten aus Kommunen und Behörden veranstaltet die Bayerische Gemeindezeitung in diesem Jahr ihre „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung“ erstmals im Rahmen der Kommunale 2005 am 19. und 20. Oktober auf dem Nürnberger Messgelände.

Die Kommunale, größte Fachmesse mit Tagung für Kommunalbedarf in Süddeutschland, wird damit ergänzt um den umfassenden Bereich der behördlichen IT-Ausstattung. Wie immer bietet die „Virtuelle Behörde“ einen Überblick über das aktuelle Angebot an Hard- und Software für unsere Zielgruppe. In der Ausstellung präsentieren unsere Partner aus der Wirtschaft spezielle Behördenlösungen, Fachvorträge und Berichte aus der Praxis sowie Gespräche mit Experten rund um das Angebot. Ein Messe-rouleau der GZ informiert über ausgewählte Behörden-Partner aus der Kommune.

Informationen stehen ab Anfang September auf der GZ-Website www.gemeindezeitung.de zur Verfügung. Interessierten können sich bereits jetzt unter info@gemeindezeitung.de anmelden.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Kinderbetreuung im Zeichen der veränderten Gesellschaft	2
In Aussicht: mehr Investitionen werden!	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Das Sandmännchen bekommt jede Menge neuer Arbeit	3
Bayerischer Heimattag in Straubing	3
Gegen Missbrauch von Sozialleistungen	3
Verwaltungsreformen sorgfältig betreiben	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzien	4-10
Umwelt Abfall	10-12
Aus den bayerischen Kommunen	12-16

Neues Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz verabschiedet:

Kinderbetreuung im Zeichen der veränderten Gesellschaft

Planungssicherheit und mehr Verantwortung für die Kommunen

Nach kontroversen, 14-stündigem Redemaronat hat der Landtag ein neues Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz mit den Stimmen der CSU verabschiedet und in Kraft gesetzt. Ziel der von der Staatsregierung eingebrachten Novelle ist es, angesichts der seit 1972 stark veränderten Gesellschaftsbildes die Kinderbetreuung ganz wesentlich anzupassen, die Familien zu unterstützen und die Kinder für eine veränderte, auf Wissen basierende Lebens- und Arbeitswelt frühzeitig vorzubereiten. Die für den Ausbau der entsprechenden Institutionen wie Kindergärten und -krippen für die Kommunen „unerlässliche Planungsicherheit und Planungshoheit“ soll gestärkt und der Einsatz öffentlicher Mittel optimiert werden.

Der namentlichen Abstimmung im Plenum kurz vor Mitternacht waren ausführliche Ausschussberatungen und zwei Anhörungen vorausgegangen. Die CSU-Fraktion hatte im Verlauf der Beratungen eigene Änderungsanträge eingebracht, die im Gesetz ihren Niederschlag fanden. Für die SPD brachte Fraktionsvorsitzender Franz Maget, Joachim Wahnshausch als Vorsitzender des federführenden sozialpolitischen Ausschusses sowie die familienpolitische Sprecherin Dr. Simone Strohmayr die Ablehnung auf den Nenner, es handle sich nur um ein Einsparungs- zu Lasten von Eltern, Kindern und Kommunen, denen die volle Verantwortung aufgebürdet werden sollte.

Mit den gleichen Mitteln mehr Kinder betreuen

Die Grünen-Fraktionsprecherin Margarete Bause und Dr. Sepp Durr fassten zusammen, die CSU habe die Chance für ein wirklich fortschrittliches Gesetz im Interesse von Kindern und Familien versäumt und mit halbherzigen Verbesserungen ein neues Chaos geschaffen wie schon bei der Umstellung des Gymnasiums von neun auf acht Klassen. Finanziell sehe es so aus, dass mit den gleichen Geldmitteln des Staates kostenneutral, also ohne jede Aufstockung im Haushalt, die wachsende Zahl von Kindern betreut werden solle.

Renate Ackermann als sozial-

politische Sprecherin sagte, angesichts der klammen Haushaltslage und der vielerorts konservativen Gemeinderatsmehrheit sei es fatal, den Gemeinden die Verantwortung zu überlassen, um angesichts der Kinderbetreuung ausbauen.

Bayern in Vorreiterposition

Für die CSU entgegnete Joachim Unterländer, stellvertretender Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses, Bayern befinde sich mit diesem Gesetz in einer absoluten Vorreiterposition. Dieser Veränderungsprozess stelle eine Einladung zum Mitmachen dar im Sinne der frühkindlichen Erziehung, die entscheidend für die Entwicklung sei. Die Kommunen seien gehalten, gemeinsam mit Kindern, Institutionen und Eltern diesen Prozess zu gestalten.

Vier Jahre Vorbereitend

Fraktionschef Joachim Herrmann verwies auf eine mehr als vierjährige Vorbereitungszeit des Gesetzes. Der Opposition gehe es in Wahrheit nur ums Spektakel und nicht um eine seriöse Auseinandersetzung. Er warf insbesondere der SPD falsche Argumente und unzutreffende Behauptungen vor, dem eingespargt werde bei der Kinderbetreuung gar nichts. Die Opposition solle aufpassen, in welchem anderen Bundesland es ein besseres Gesetz gebe.

Den Bedenken der Kommunen hat die CSU teilweise durch

ihre Änderungsanträge Rechnung getragen. So wird es für Kindergärten, die um ihre Existenz fürchten, vorerst einen Bestandschutz geben. Die Gemeinden werden bis Ende August 2008 zur Förderung verpflichtet. Eine Erhöhung der staatlichen Mittel für die Kommunen kommt angesichts der Haushaltslage erst ab dem Jahr 2007/2008 in Betracht. Die Staatszuschüsse werden (schon laut Regierungsvorwurf) nicht mehr nach der Zahl der Gruppen in den Betreuungseinrichtungen sondern als eine Art Kopfpauschale pro betreutem Kind bemessen. Im ländlichen Raum wird durch eine Sonderförderung sichergestellt, dass in jeder Gemeinde bzw. in jedem selbstständigen Gemeindeteil der Kindergärten erhalten werden kann, das Angebot also flächendeckend bleibt.

Der Kindergarten muss im Dorf bleiben

Sozialministerin Christa Strewe hob hervor, alle von den Kommunen als bedarfsnotwendig anerkannten Plätze würden vom Freistaat gefördert. Müsst Familien auf Angebote in anderen Gemeinden ausweichen sei die Wohnortgemeinde zur Finanzierung dieser Plätze gesetzlich verpflichtet. Grundsätzlich gelte das Prinzip, der Kindergarten müsse im Dorf bleiben,

selbst wenn die Gruppenstärke unter 22 rutsche. Die flächendeckende Versorgung werde im ländlichen Raum durch Sonderförderung sichergestellt. Die Gemeinden verpflichten sich, dass sich alle kommunalen Spitzenverbände zum Mitmachen bereit erklärt hätten. „Wir haben jetzt die Kommunen stärker in die Verantwortung genommen, Finanz- und Bedarfsplanung müssen in einer Hand sein.“

Förderumsatz erhöht

Von einem Sparprogramm, wie es die Opposition behauptete, könne keine Rede sein. Im Gegenteil würden die Haushaltsansätze von 565 Mio EUR heuer auf 575 Mio EUR in 2006 steigen. Speziell bei den Kinderkrippen der unter Dreijährigen verdoppele sich die Förderumsatz von 13,1 Mio EUR in 2003 auf 26,4 Mio EUR im kommenden Jahr; im Bereich der Kindergärten von 432,9 Mio EUR auf 483,6 Mio EUR und bei den Horten (Schulkinder bis 14 Jahre) von 41,4 Mio EUR auf 59 Mio EUR.

Das neue Gesetz tritt ab 1. August dieses Jahres stufenweise in Kraft. Zum 1. September 2006 wird die „kindbezogene Förderung“ bayernweit eingeführt und zwei Jahre später müssen die Gemeinden ihre Bedarfsplanung für die Gaskinder ausschließlich nach diesem Gesetz aufstellen.

Im Vorfeld der Entscheidung und im Umfeld der Schlüsse hatte im Landtag hatte es öffentliche Demonstrationen gegen das Gesetz gegeben. An die 200 Petitionen waren in den Ausschüssen und auf Verlangen der Opposition teilweise noch im Plenum zu beraten. Allein SPD und Grüne hatten 51 Rednerinnen und Redner ins Gefecht ge-



Karl-Heinz Eißfeld mit Kultusminister Schneider (v.l.).

Votum für Qualität ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dem Landesbeirat, Eißfeld, zugleich Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbands, begrüßte dieses Votum. Denn bei der anstehenden Novellierung des EBrG von 1974 wollen die sieben Träger der Erwachsenenbildung in Bayern „Qualität als Förderkriterium“ beschreiben.

Nach Meinung des Bayerischen Volkshochschulverbands werden dann nur noch Bildungs-Einrichtungen mit öffentlichen Mitteln gefördert, die ein anerkanntes Qualitätsmanagement-System betreiben.

Wissensexplosion und technischer Wandel

Die bayerischen Volkshochschulen sind gut darauf vorbereitet. Sie haben auf der Basis des internationalen anerkannten Modells der European Foundation for Quality Management (EFQM) ein Qualitätsmanagement-System für Volkshochschulen entwickelt. Inzwischen haben die bayerischen Volkshochschulen dieses System eingeführt, darunter so große Einrichtungen wie Nürnberg und München. Damit ist die Qualität von drei Viertel des vhs-Angebotes in Bayern

durch ein international anerkanntes System bereits jetzt gesichert; eine Leistung, die bundesweit einzigartig ist.

Der neue bayerische Kultusminister Siegfried Schneider wies beim ersten Treffen mit dem Landesbeirat für Erwachsenenbildung selbst auf die stets wachsenden Aufgaben der Erwachsenenbildung hin. Wissensexplosion und technischer Wandel, aber auch die Folgen von Globalisierung und Bevölkerungswanderung machen lebenslanges Lernen nötig. „Früher konnten sie einem Schüler in seiner Schulzeit einen Bildungs-Rucksack fürs Leben packen“, beschrieb der ehemalige Grundschuldlehrer die Situation; „Heute muss dieser Rucksack alle paar Jahre neu gepackt werden.“ Dafür müssen Infrastruktur und Personal vorgehalten werden, aus der Sparkurs auszusparen. Die Bürger erwarten jetzt Taten statt Worte.“

Wettbewerb „kommKOOP“ 2005

Interkommunale Zusammenarbeit ist ein ständig aktuelles Thema. Die verschiedensten Entwicklungsstränge sorgen für eine anhaltende Motivation der Städte und Gemeinden, Aufgaben gemeinsam zu erfüllen oder Leistungen für ihre Bürger gemeinsam zu erbringen. Die europäische Integration trägt hierzu ebenso bei wie die darüber hinaus gehende Internationalisierung der Märkte und des Standortwettbewerbs. Innerstaatliche Gründe sind die anhaltend schlechte Haushaltsituation der Kommunen oder die demographisch bedingte Änderung des kommunalen Anforderungsprofils.

Der Wettbewerb „kommKOOP - Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperationen“ soll erfolgreiche Kooperationen und innovative Ansätze publik machen. Der Wettbewerb richtet sich an alle Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland, unabhängig von ihrer Größe und unabhängig vom Thema der Zusammenarbeit. Anmeldeschluss für die Teilnahme am Wettbewerb ist der 31. August 2005.

Der Wettbewerb wird von allen drei kommunalen Spitzenverbänden unterstützt; ausgebaut wird er vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen. Weitere Informationen zum Wettbewerb und Kolloquium können auf folgender Internetseite eingesehen werden: www.bbr.bund.de/moro/index.html. DK

Gemeindetag und Baundinstrie:

Jetzt muss endlich investiert werden!

Gigantischer Investitionsstau; Bürger erwarten gemeinsame Kraftanstrengung von Staat und Wirtschaft

Für mehr Investitionen in den Gemeinden und Städten plädieren der Bayerische Baundinstrieverband und der Bayerische Gemeindetag. In einer gemeinsamen Pressekonferenz erläuterten Dr. Uwe Brandt, Präsident des Bayerischen Gemeindetages, und Prof. Dr. Rüdiger Baur, Präsident des Baundinstrieverbands, dass die Kommunen in vielen Bereichen investieren müssten. Dabei solle man ohne Scheuklappen über Partnerschaften mit Privaten und der Privatwirtschaft - sog. PPP-Modelle - nachdenken.

„Die Gemeinden wünschen sich nichts schneller, als die öffentlichen Haushalte überflüssige Investitionen mit frischem Geld tätigen zu können. Jeder von uns ausgegebene Euro setzt bis zu drei weitere Euros privat bis hin zu weiteren fünf. Damit kann sich jeder ausrechnen, was ein Umlernen staatlicher Gelder zu Gunsten der Kommunen an Schubkraft für Investitionen auslösen würde“, so Brandt. Prof. Baur bekräftigte: „Viele öffentliche Einrichtungen in den Kommunen, von den Schulen bis zu Wasserleitungen sowie die viel fach maroden Straßen - all das bedarf dringender Erneuerung.“

Baubedarf von fast 500 Milliarden Euro

Gemeindetag und Baundinstrieverband wiesen auf die besondere Bedeutung der kommunalen Investitionen hin. Etwa zwei Drittel der öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen getätigt. Das derzeitige Investitionsniveau bleibt jedoch weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Vom Deutschen Institut für Urbanistik wurde für das laufende Jahrzehnt ein kommunaler Baubedarf von 488 Mrd. Euro deutschlandweit ermittelt. Bis 2010 wären allein zur Sanierung der Bundesstraßen etwa zwei Drittel der öffentlichen Ersatzaufgaben 60 Mrd. Euro erforderlich. „Dazu müssen die Investitionen unserer Städte und Gemeinden nachhaltig höher sein als heute“, sagte Baur.

Brandt bekräftigte: „Die Schmerzgrenze ist längst überschritten. Jetzt muss die Investitionskraft auf allen Gebieten gestärkt werden, um einen neuen nationalen Wachstumsimpuls zu erzeugen. Die Kommunen müssen Arbeitsplätze zu schaffen, ich fordere den Bund auf, endlich Geld locker zu machen für kommunale Investitionen und ich appelliere an den Freistaat, den dafür nötigen Sparkurs auszusparen. Die Bürger erwarten jetzt Taten statt Worte.“

Privates Kapital aktivieren

Dass die Kommunen in ihren Haushalten mehr Freiraum bräuchten, um dringend notwendige Investitionen zu schaffen, erläuterte Prof. Baur. Das erfordere auf der anderen Seite eine

Entlastung der Kommunen von Staatsaufgaben. Der Baundinstrieverband regte deshalb an, bei allen Aufgaben, die keinen hoheitlichen Charakter haben, zu überlegen, ob Public Private Partnerships sinnvoll sei. „Wir müssen vermehrt privates Kapital aktivieren. Wenn der Staat zunehmend private Altersvorsorge vorsieht, dann muss er auch verstärkte private Altsortierungsmöglichkeiten schaffen“, so Baur. Weniger Staat bedeute mehr Wachstum und Freiheit. Weniger Staat wisse sich bei den Kommunen anfangen.

Die Gemeinden sind der größte Baupartner der Baundinstrie. Ein Drittel aller Bauvorhaben kommen aus dem öffentlichen Bereich, davon stellen schätzungsweise 60 Prozent die Kommunen, den Rest Bund und Länder. Mit einem Investitionsvolumen von 15,4 Mrd. Euro sind die Kommunen der größte öffentliche Auftraggeber der deutschen Bauwirtschaft.

Moderne Rechnungsweisen

Damit die Kommunen mit den ihnen anvertrauten Steuergeldern rechtlich umgehen können, forderte Baur: „Die bayerischen Kommunen müssen schleunigst auf ein modernes Rechnungswesen umstellen.“ Baur sprach von der größten Herausforderung und Erfassung des Vermögens „versetzen“. Für eine verlässliche Finanzbasis der Kommunen brauche man die alle Gemeindeführer nicht mehr. Das sogenannte Zuschlagsmodell - mögliche den Kommunen die sicherste Steuerquelle und sei ein Schritt hin zu einem vereinfachten Steuersystem, so Baur.

Bezirke-Tagung ohne Gemeindezeitung

Zur Jahrestagung des Verbandes der bayerischen Bezirke hatte die GZ keine Einladung erhalten. Wir hätten unser Interesse an Verständnis dafür, dass wir deshalb von einer Berichterstattung absehen müssen, Erfahrungen gemäß der Verbandspressepolitik innerhalb der nächsten sechs bis acht Wochen Informationsmaterial im Internet einstellen (www.bay-bezirke.de). □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Wallner
93492 Treffeitstein
am 15. 7.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Schlicht
92229 Vilseck
am 16. 7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Hützel
87466 Oy-Mittelberg
am 17. 7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Dötsch
95500 Heinersdorf
am 23. 7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Kienberger
94357 Konzell
am 24. 7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Müller
96231 Staffelstein
am 23. 7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bruno Haberkorn
95506 Kadel
am 16. 7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Anna Eder
94469 Deggenhofen
am 17. 7.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Gropper
97736 Böhen
am 17. 7.

ZUM 25. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johannes Piesga
82449 Uffing a. Staffelsee
am 17. 7.

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Arnold Schmidt
85661 Forstinning
am 18. 7.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Plank
84378 Dietersburg
am 21. 7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Eder
84568 Pleiskirchen
am 21. 7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Schneider
84339 Unterföhring
am 13. 7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Rupprecht
90537 Feucht
am 14. 7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Anna Maria Stadler
86673 Berghausen
am 15. 7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

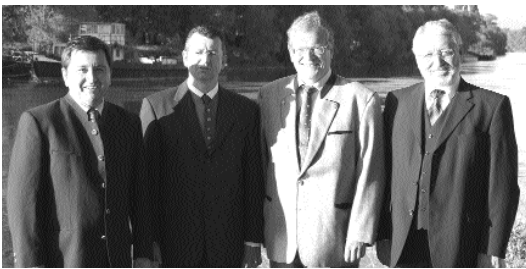
Bürgermeister Robert Sturm
86833 Ertrangen
am 22. 7.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Steinhäuser
87650 Baißweil
am 11. 7.

ZUM 25. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Obst
90556 Cadolzburg
am 14. 7.



Alfred Reisinger (Landrat des Landkreises Straubing-Bogen), Dr. Maximilian Seefelder (Bezirksheimatpfleger von Niederbayern), Prof. Dr. Hubert Weiger (Vorsitzender des Bundes Naturschutz in Bayern und Präsident des 33. Bayerischen Heimattags), Reinhold Perlak (Oberbürgermeister der Stadt Straubing) - v. l.

33. Bayerischer Heimattag in Straubing:

Bayerische Donau soll Weltkulturerbe werden

Der Bayerische Heimattag will sich für die Ausweisung der frei fließenden Donau zwischen Straubing und Vilshofen als Unesco-Weltkultur- und Weltnaturerbe einsetzen. Eine entsprechende gemeinsame Erklärung gaben der Bund Naturschutz in Bayern, der Bayerische Landesverein für Heimatpflege und der Verband bayerischer Geschichtsvereine bei einer Festveranstaltung des 33. Heimattages in Straubing ab. Auch die Städte Regensburg und Passau sollen in das Gesamtkonzept einbezogen werden.

Auf ihrem über 2.800 Kilometer langen Lauf fließt die Donau zwischen Straubing und Vilshofen wie kaum woanders durch eine Landschaft, in der sich Natur, Kultur und Geschichte zu einer derartig einzigartigen Symbiose vereinen, heißt es in der

Erklärung des Heimattages. Gerade die Verbindung einer Vielzahl von Baudenkmalen internationalen Ranges mit der einmaligen Flusslandschaft der noch frei fließenden Donau und dem Isarmündungsgebiet macht dieses Gebiet aussergewöhnlich würdig als Weltkultur- und Weltnaturerbe.

Sanfter Ausbau

Mit seiner Erklärung setzt der Bayerische Heimattag auch ein Zeichen bei der Frage eines künftigen Donau-Ausbaus. Während die Bayerische Staatsregierung einen Ausbau mit Kanalisierung und Staustufen favorisiert, fordern der Bund Naturschutz und zahlreiche weitere Vereine und Initiativen einen sanften Ausbau mit Natur schonenden Mitteln.

Der sanfte Ausbau würde die Bedingungen für die Schifffahrt ebenso gut verbessern wie Staustufen, die einmalige Natur- und

Kulturlandschaft der frei fließenden Donau jedoch erhalten. Kanalisierung und Staustufen hingegen würden die völlige Zerstörung der niederbayerischen Donau-Landschaft bedeuten.

Der Bayerische Heimattag, der dieses Jahr vom 3. bis 6. Juni stattfand, hatte zum Thema „Lebensader Fluss - die bayerische Donau als Natur- und Kulturlandschaft“. Präsident des Heimattages war heuer Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes Naturschutz in Bayern. Höhepunkt war die Verleihung der Avenarius-Medaille, eine besondere Auszeichnung für Verdienste um die Geschichtspflege.

Auszeichnungen

Prof. Dr. Manfred Trenl, Vorsitzender des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine, überreichte sowohl Alfons Huber in Würdigung seines vielseitigen Wirkens zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte und Kultur der Stadt Straubing, als auch Dr. Karl Schmitz, der aufgrund seines vielseitigen Wirkens zur Erforschung und Vermittlung der Vor- und Füllgeschichte des Deggen-dorfer Raumes ausgezeichnet wurde.

Raum der Öffnung

Landtagspräsident a. D. Johann Böhm, 1. Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, hatte in seiner Begrüßung darauf hingewiesen, dass die Wahl der Donau als Motto des Heimattages durchaus auch in übertragenden Sinn verstanden werden dürfte. So wie ein Fluss Menschen, Völker und Kulturen miteinander verbindet, so solle auch Heimat „ein Raum der Öffnung und des Austausches sein, ein Tor zur Welt und nicht ein Ort der Isolierung und Abgrenzung oder eine Höhle des Rückzuges“.

Vergleich mit einem Strom

Aber auch die Gesamtheit der heimat- und denkmalpflegerischen, der geschichtsforschenden und naturschützenden Arbeit all derjenigen, die sich für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt einsetzen, dürfe mit einem Strom verglichen werden, „dessen Kraft und Bedeutung sich speist aus vielen einzelnen Bächen und Flüssen, die ihre Wasser in ihm zusammenführen und einem gemeinsamen Ziel zulenken“, betonte Böhm. So seien auch die Aufgaben und Zielsetzungen des Bayerischen Heimattages unter diesem Sinnbild zusammengefasst in einem Aufruf: „Sorgen wir gemeinsam dafür, dass der Strom des verantwortungsvollen Umganges mit den natürlichen und kulturellen Schätzen unseres Landes nicht zu trocknen, sondern kraftvoll weiterfließen

oder Sozialgeld an Ausländer ausbezahlt. Für den Zeitraum der Arbeitslosigkeit gibt es ebenfalls keine Sozialleistungen. Ein Anspruch auf deutsche Transferleistungen in den ersten drei Monaten besteht nur in Ausnahmefällen, etwa für Personen, denen der Aufenthalt in Deutschland aus humanitären oder politischen Gründen gestattet ist. Stewens: „Es lädt geradezu zum Missbrauch ein, dass ein Ausländer sofort nach seiner Ankunft in Deutschland Ansprüche gegen Sozialkassen anmelden kann. Das hat mit dem Solidaritätsprinzip nichts zu tun und muss abgestellt werden.“

3. Verpflichtung von ausländischen Sozialleistungsempfängern zu gemeinnütziger Arbeit

Ausländer, die Sozialhilfe erhalten, werden künftig zu gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit

GZ Kolumne Luitpold Braun

Die Donau

Das Sandmännchen wird in den kommenden Wochen seine reine Freude haben. Der Anlass dazu ist das Volksbegehren in Sachen „Mobilfunk“.

Es hat wohl selten eine Gelegenheit gegeben, bei der den stimmberichtigten Bürgerinnen und Bürgern so viel Sand in die Augen gestreut wurde. Da tut man so, als ob die Baugenehmigungspflicht einen Einfluss auf die Gesundheit der Bürger hätte.

In Wirklichkeit ist es so, dass bei einem Baugenehmigungsverfahren gesundheitliche Fragen überhaupt nicht geprüft werden können. Dies ist ausschließlich eine Angelegenheit des Bundes. So lange dieser die Grenzwerte nicht verändert, können auch in einem baurrechtlichen Genehmigungsverfahren keine anderen Maßstäbe angewandt werden.

Die einzige Folge einer Tagung stand die Generation des sogenannten Silver Surfers, jener Menschen, die im noch fortgeschrittenen Alter das Internet für sich entdecken.

Gerade für ältere Menschen, die nicht selten in ihrer Beweglichkeit eingeschränkt sind, kann das World Wide Web ein attraktives Mittel sein, Kontakte zu Freunden halten, Neuigkeiten erfahren, Formalitäten erledigen oder einkaufen, ohne das Haus zu verlassen. Mit seiner Arbeit will der Veranstalter des Kongresses FIM-NeuStellen der Universität Erlangen-Nürnberg, mit seinem Kooperationspartner, dem Verein Bayerisches SeniorenNetzForum und der Stadt Augsburg, Seniorinnen und Senioren in die Nutzung neuer Technologien wie Com-



In einem Baugenehmigungsverfahren kann auch kein anderer Standort geprüft werden. Das Verfahren bezieht sich immer auf das vorliegende Bauvorhaben.

Die Gemeinde und auch die zuständige Genehmigungsbehörde beim Landratsamt haben hier keinen Ermessensspielraum.

Dagegen ist beim „Mobilfunkpaket“, der von den kommunalen Spitzenverbänden, dem Bayerischen Umweltministerium und den Mobilfunkbetreibern 2002 gegenwärtig wurde, eine derartige Debatte vorgesehen.

Es bleibt zu hoffen, dass sich genügend Bürgerinnen und Bürger über diese Sachverhalte informieren und dann den Eintragungslokalen fernbleiben.

Luitpold Braun

5. Kongress des Bayerischen SeniorenNetzForums:

„Internet verbindet“

„Internet verbindet“ lautete das Motto des 5. Kongresses des Bayerischen SeniorenNetzForums in Augsburg. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Generation des sogenannten Silver Surfers, jener Menschen, die im noch fortgeschrittenen Alter das Internet für sich entdecken.

Gerade für ältere Menschen, die nicht selten in ihrer Beweglichkeit eingeschränkt sind, kann das World Wide Web ein attraktives Mittel sein, Kontakte zu Freunden halten, Neuigkeiten erfahren, Formalitäten erledigen oder einkaufen, ohne das Haus zu verlassen. Mit seiner Arbeit will der Veranstalter des Kongresses FIM-NeuStellen der Universität Erlangen-Nürnberg, mit seinem Kooperationspartner, dem Verein Bayerisches SeniorenNetzForum und der Stadt Augsburg, Seniorinnen und Senioren in die Nutzung neuer Technologien wie Com-

puter und Internet begeistern.

Seit dem Jahr 1999 ist durch das Bemühen der FIM und die Förderung der bayerischen Landesregierung, besonders des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, ein Netz von Senioren-Computer-Initiativen in Bayern entstanden. Im Jahr 2003 haben sie sich zum Dachverband Bayerisches SeniorenNetzForum zusammengeschlossen. Das verzweigte Netzwerk, in dem bereits 15 Senioren-Computer-Initiativen verbunden sind, ist deutschlandweit einzigartig.

Gleichberechtigte Teilhabe

Die Initiativen umfassen unterschiedliche Angebote von Internetcafés über Beratung, Betreuung, bis hin zu Kursen und Freizeitangeboten für die unterschiedlichsten Interessengruppen. Sie sind als Vereine, Projektle oder Interessengruppen organisiert und haben unterschiedliche Träger wie Kirchen, Kommunen oder Wohlfahrtsverbände. Gemeinsam ist ihnen ihr Ziel: Die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der Informationsgesellschaft zu fördern und eine neue Form der Seniorenarbeit, die durch Aktivität, Übernahme von Verantwortung und Selbstorganisation gekennzeichnet ist, im Mittelpunkt der Tagung in Augsburg stand. Die Frage, wie ältere Menschen an das Internet herangeführt werden und wie sie es nutzen können.

DK

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Bundesratsinitiative gegen Missbrauch von Sozialleistungen

Sozialministerin Stewens: „Sozialleistungen nur bei rechtmäßigem Aufenthalt“

Das Kabinett hat in seiner jüngsten Sitzung eine Bundesratsinitiative gegen den Missbrauch von Sozialleistungen durch Ausländer beschlossen. Mit der bayerischen Initiative soll es künftig keine Sozialhilfe mehr für ausreisepflichtige Ausländer geben, ebenso keine Sozialleistungen mehr an Ausländer in den ersten drei Monaten des Aufenthalts sowie die Verpflichtung von ausländischen Sozialleistungsempfängern zu gemeinnütziger Arbeit.

Zur Begründung erklärte Sozialministerin Stewens: „Der Missbrauch von Sozialleistungen muss wirksam bekämpft werden. Gerade in einer Zeit, in der den Bürgerinnen und Bürgern besondere Anstrengungen zu ihrer sozialen Sicherung abverlangt werden, muss der Staat strikt auf einen verantwortlichen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel achten.“

Mängel im System

Die Menschen in Deutschland empfinden es zurecht als Unge rechtigkeit, wenn Leistungen, die sie mit ihrer Arbeit erst möglich machen, unrechtmäßig auf Kosten von tatsächlich Hilfsbedürftigen in Anspruch genommen werden.“ Die Ministerin verwies auf den erst kürzlich bekannt gewordenen Fall eines Berliner Drogenbosers, dessen Asylantrag mehrfach abgelehnt wurde und der deswegen ausreisepflichtig war, dessen Familie aber kontinuierlich Sozialhilfe erhalten habe. Stewens: „Diese eklatanten Mängel im System müssen schnellstmöglich besei-

tigt werden, wenn wir die Bürger für notwendige Reformen gewinnen wollen.“ Durch die EU-Erweiterung und das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft hat sich nach den Worten der Ministerin die Gefahr des Missbrauchs von Sozialleistungen erheblich erhöht. Dicht neben Deutschland liegen jetzt sehr unterschiedliche Arbeitsmärkte und Sozialsysteme mit einem erheblichen Einkommensgefälle und zum Teil einem Lohnniveau deutlich unter dem Sozialniveau in Deutschland. Stewens: „Die Grenzlage Deutschlands zu den bevölkerungsreichsten Beitrittsstaaten verstärkt die Gefahren des Missbrauchs zu Lasten unserer Sozialsysteme. Die europäischen Freizügigkeit ist ein hohes Gut - dem Missbrauch dieses Rechts müssen wir aber vorbeugen. Nur wer sich rechtmäßig hier aufhält, kann auch Sozialleistungen beziehen.“

Stewens wies darauf hin, dass der europäische Rechtsrahmen den Mitgliedstaaten durchaus

Regelungen zur Beschränkung des Anspruchs auf Sozialhilfe ermögliche. Stewens: „Wir müssen die bestehenden Möglichkeiten des EU-Freizügigkeitsrechts konsequent nutzen und vorhandene Lücken im deutschen Recht schließen.“ Mit der bayerischen Bundesratsinitiative würden die deutschen Sozialsysteme für die Herausforderungen von Europäisierung und Globalisierung fit gemacht und ein ungerechtfertigter Leistungsbezug ausgeschlossen. Im Einzelnen sind folgende Verbesserungen vorgesehen:

Die Verbesserungen

1. Keine Sozialhilfe für ausreisepflichtige Ausländer

Es wird keine Sozialhilfe mehr für ausreisepflichtige Ausländer gegeben. Nach der bisherigen Rechtslage können Ausländer auch dann Leistungen der Sozialhilfe erhalten, wenn sie sich rechtswidrig im Bundesgebiet aufhalten. Dies wird künftig ausgeschlossen. Stewens: „Wer sich nicht rechtmäßig in Deutschland aufhält, darf nicht auf Kosten des deutschen Steuerzahlers leben können.“

2. Keine Sozialleistungen an Ausländer in den ersten drei Monaten

In den ersten drei Monaten des Aufenthalts wird weder Sozialhilfe noch Arbeitslosengeld II

Gemeinnützige Förderleistungen von 37,3 Mio. Euro

Im Jahr 2004 haben die bayerischen Sparkassen für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen 37,3 Mio. Euro bereitgestellt. In dieser Summe sind Spenden, Stiftungsausstattungen und sonstige Förderbeiträge zusammengefasst. Anlässlich



Sparkassenpräsident Dr. Siegfried Naser und Innenminister Dr. Günther Beckstein (v.l.).

des Bayerischen Sparkassenverbandes in Regensburg überreichte der Geschäftsführer-Präsident des Sparkassenverbandes, Dr. Siegfried Naser, eine Spende von 25.000 Euro an das Tumorzentrum Regensburg, das in einem Pilotprojekt durch verbesserte Dokumentation die Therapieerfolge bei Krebskrankungen in Bayern verbessern will.

Insgesamt gibt es in Bayern 69 Sparkassen-Stiftungen, dazu kommen die überregionale Bayerische Sparkassenstiftung sowie die Sportjugendstiftung der bayerischen Sparkassen. Allein sechs Stiftungen wurden im Jahr 2004 neu geschaffen. Zusammen hatten diese Einrichtungen 109 Mio. Euro Stiftungskapital. Die Förderleistungen gehen an soziale, kulturelle, freizeitsportliche und umweltbezogene Vorhaben.

So unterstützte die Bayerische Sparkassenstiftung 2004 die Arbeit des Programms „FAUSTLOS“ mit 100.000 Euro, „FAUSTLOS“ ist ein Präventionsprojekt aus den USA, das sich mit der Gewaltbereitschaft von Kindern auseinandersetzt. Es vermittelt nachhaltig soziale Fähigkeiten wie emotionale Intelligenz oder den Umgang mit Ärger und Wut. So reicht das Konzept in seiner Wirkung weit über eine unmittelbare Gewaltprävention hinaus, indem es in erster Linie die Persönlichkeit der Kinder stärkt. **DK**

Banking is people ...

(Fortsetzung von Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 1) dem von Geld ins Ausland gestromt. Von der Politik, insbesondere einer voraussichtlich im Herbst neu zu wählenden Bundesregierung, erwartet der Präsident klare Aussagen über die Übernahme Bürgerversicherung, Gesundheitsprämie und Eigenheimzulage, „denn nichts verunsichert mehr als Unklarheit über den künftigen Weg“.

Erste Hausbank

Werner Netzel, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, verwies darauf, dass der

Marktanteil der Sparkassen bei den Finanzdienstleistungen bis zu 50 Prozent und teilweise weit darüber hinaus betrage. Bei 50 Prozent aller Privat- und mittelständischen Firmenkunden in Bayern stelle die Sparkasse die erste Hausbank dar. Im Kreditgeschäft verleihe sie etwa 35 Prozent des Marktanteils auf sich. Jede zweite Existenzgründung im Freistaat werde von einer Sparkasse betreut und jede zweite Neubauführung von ihr finanziert. Während das Zweigstellennetz der privaten Großbanken bereits erhebliche Lücken aufweise, sicherten nur noch die Sparkassen und Genossenschaftsbanken einen flächendeckenden Zugriff auf Finanzdienstleistungen gemäß dem Motto „Banking is people“. Damit widersprach Netzel Mikro-Gründer Bill Götter, der einst erklärt hatte: „Banking ist nötig, Banken nicht“.

Diese räumliche, aber vor allem persönliche Nähe zu den Kunden sei die Stärke der Sparkassen. Gemeinsam mit den Verbandspartnern seien sie in der Lage, die „herausragende Marktreichweite“ von 73 Prozent in Bayern vorzuweisen. Netzel: „Besonders in Zeiten vagabundierender Kundenströme und hybriden Konsumverhaltens ist diese Konstanz ein wertvolles Gut, das nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Wir sehen dieses Vertrauensvotum gleich-

keine Maßstabsvergrößerung um jeden Preis:

Verwaltungsreformen sorgfältig betreiben

Deutscher Landkreistag warnt vor unüberlegter Zerschlagung gewachsener und bewährter Gebietsstrukturen

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat sich anlässlich seiner Präsidiumssitzung in Kitzingen für einen starken ländlichen Raum ausgesprochen. Insbesondere die Verwaltungsreformen einzelner Bundesländer haben dabei in die richtige Richtung geführt. DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppre warnte allerdings davor, unüberlegt gewachsene und bewährte Gebietsstrukturen zu zerschlagen.

„Wenn wir besonnen vorgehen, bestehen große Chancen für die Aufrechterhaltung und den

Ausbau einer bürgernahen, effizienten Verwaltung. Die Kreise sind bereit, mehr Aufgabenverantwortung zu übernehmen.“

Zusätzliche Aufgaben

Duppre betonte die Rolle der Landkreise im Bundesstaat und bekräftigte deren Bereitschaft, zusätzliche Aufgaben von den Ländern zu übernehmen: „Die Rolle der Kreise als Wegbereiter der Verwaltungsreformen hat etwa die Stuttgarter Landesregierung erkannt und Landesaufgaben für die Kreisebene verlagert. Ein Zuständigkeitswechsel sollte aber im Interesse der Gestaltbarkeit und Eigenverantwortlichkeit vor Ort als Selbstverwaltungsaufgabe erfolgen. Nur auf diese Weise können Kompetenzlücke und effektive Verwaltungsbefähigung als tat-sächlich realisiert werden.“ In diesem Zusammenhang sei es unabdingbar, funktionsfähige Kreisstrukturen zu bewahren.

Größenstruktur

„Die beabsichtigte Kreisreorganisation in Mecklenburg-Vorpommern verkennt beispielsweise, dass das Prinzip der überschaubaren Richtschnur für die künftige Größenstruktur der Kreise als Selbstverwaltungseinheiten bleiben muss. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die demokratische Mitwirkung der gewählten Kreisgremien und der Identifikation der Bürger mit ihrem Kreis und ihrer Gemeinde zur Folge. Effizienzgesichtspunkte und kommunaldemokra-

tische Belange müssen daher zu einem angemessenen Ausgleich gebracht werden“, so Duppre, und: „Wo hingegen eine Gebietsreform sinnvoll ist, spricht sich für die Kreisreorganisation – wie in Sachsen-Anhalt – auf der Basis von Freiwilligkeit auszuwerten. Eine Maßstabsvergrößerung um jeden Preis hat, wie im nordostlichen Bundesland zu beobachten ist, wenig Chancen auf Akzeptanz und Rückhalt in der Bevölkerung.“

Gegen „kommunalverfasste Regionalorganisation“

In diesem Zusammenhang wandte sich der Verbandspräsident gegen Überlegungen der Städte, in Vertichtungsräumen eine neuartige „kommunalverfasste Regionalorganisation“ zu schaffen. „Derartige Regionalmodelle würden gewachsene und bewährte Gebietsstrukturen zerstören, damit gegen die Verfassung verstößen und für den Bürger eine Gefährdung seines ortsnahen Versorgung mit Verwaltungsdienstleistungen bedeuten.“ Bereits jetzt seien die Bedingungen für die Entwicklung gerade bevölkerungs- und strukturschwacher Regionen besorgniserregend.

„Der ländliche Raum wird auch zukünftig auf eine wirkungsvolle Strukturformulierung angewiesen sein. Hinzu kommen die Herausforderungen des demographischen Wandels, der durch eine schon konkret vor Ort spürbare Entvölkerung der Fläche gekennzeichnet ist. Diese Probleme würden sich durch eine Vergrößerung der Gebietszuschnitte generell verstärken. Ein Auseinanderdriften verschiedener Landesteile würde beschleunigt oder erst hervorgerufen“, so der DLT-Präsident abschließend. □

zeitig als Verpflichtung einer zukünftig noch strengeren Kundenorientierung.“

Betreuung des bayerischen Mittelstands

Dass das Selbstverständnis der Sparkassen in der Betreuung des bayerischen Mittelstands weit über das eines reinen Finanzdienstleistungsanbieters hinausgeht, habe Basel II gezeigt. Nunmehr werden Netze zuzufügen, die mittelständischen Unternehmen und damit ihre Regionen davon profitieren, dass es bei den Verhandlungen durch Vertikalisierung der gesamten Sparkassenorganisation und dem Mitwirken unserer Abgeordneten und der Staatsregierung gelungen ist, die Regelungen wesentlich besser auf den Mittelstand zu gestalten.“ Dies gelte auch für den Abbau bürokratischer rechtlicher Vorschriften. Bei allem Erfolg reicht es den Sparkassen laut Netzel nicht, im Wettbewerb zu bestehen. Vielmehr soll eine „Angriffsstrategie“ gefahren und alles daran gesetzt werden, in wichtigen strategischen Geschäftsfeldern Marktanteile der Wettbewerber zu erobern. Die Zeiten ihrer seien noch nie so gut gewesen.

In seiner Festrede unterstrich Innenminister Dr. Günther Beckstein die unveränderte Haltung der Bayerischen Staatsregierung, sich bei den Finanzdienstleistungen an bestehenden Geschäftsmodellen der Sparkassen festhalten zu wollen. Schließlich seien die „schwarze Zahlen besser als rote Zahlen“.

Regelungswut der EU

Mit Sorge verweise Beckstein auf die immer größer werdende Regelungswut der EU und der Tendenz, immer mehr Aufgaben der Devisenversorgung in der Privatsektor verlagern zu wollen. Mit dem Verweis auf mangelnden Wettbewerb durch die besondere Rechtsform sollen auch Sparkassen abgeschafft werden. Dieses Vorhaben bezeichnete der Minister als ein Zeichen der „Hybris der EU-Bürokratie“.

Beckstein wandte sich zudem gegen eine überbordende Kontrolle der Möglichkeiten. Vermögensverhältnisse im Rahmen des Geldwäschegesetzes zu kontrollieren, stelle ein wertvolles Mittel zur Verbrechensbekämpfung dar. Wenn jetzt aber die Bundesbank die Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ihre Abstimmung mit den Ländern weiter gehende Anforderungen wie eine längerfristige Speicherung unveränderter Transaktionsdaten und die Nachfassung von zusätzlichen Personendaten ins Spiel bringe, so stelle sich hier durchaus die Frage nach der Verhältnismäßigkeit. Augenaufschlag auch bei der Kreditvergabe. Die Forderung nach einer „separaten Sparkassenrechtlichen Steuerungsinstrumentarium vorhalten müssen. Das Geschäftsrecht in der Sparkassenordnung sollte deshalb freigegeben werden.“ Die bisher geltende Enumerationsprinzip, das das Geschäft der Sparkassen auf positive benannte Bereiche mit einer Reihe von Genehmigungsver-

Regulierung und Entbürokratisierung

Im Zuge von Regulierung und Entbürokratisierung plant die Bundesregierung, im Sparkassenbereich die so genannten Sparkassenrechtlichen Steuerungsinstrumentarium vorhalten müssen. Das Geschäftsrecht in der Sparkassenordnung sollte deshalb freigegeben werden.“ Die bisher geltende Enumerationsprinzip, das das Geschäft der Sparkassen auf positive benannte Bereiche mit einer Reihe von Genehmigungsver-

Mehr kommunale Verantwortung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Langzeitarbeitloser, der erheblichen Schwierigkeiten bei der Administration der Arbeitsgemeinschaften und der Finanzierung sorgen derzeit auf sämtlichen politischen Ebenen für einen regen Meinungsaustausch.

Originär kommunale Verantwortlichkeiten

Duppre bezeichnete es als unbestritten, dass die erhoffte verbesserte Jobvermittlung in den Arbeitsgemeinschaften nur schlagend in Gang kommt. So gar von Regierungseite werde in Reaktion darauf eine stärkere lokale Ausrichtung propagiert. „Wir begrüßen es sehr, dass die Verantwortlichen der Reform die erkannt haben und unsere Forderung nach mehr Eigenständigkeit der Arbeitsgemeinschaften entsprechen wollen. Die Arbeitsgemeinschaften sind keine BA-Außenstellen, sondern eigenständige Einrichtungen, die verdienen mithin eigene Ent-

scheidungskompetenzen und Haushaltsverantwortung.“

Nach wie vor bestrehe eine strenge Steuerung der örtlichen Arbeitsagenturen aus Nürnberg und ein Einmischen der Arbeitsverwaltung in originär kommunale Verantwortlichkeiten wie beispielsweise Kinderbetreuung oder Schuldnerberatung.

Zudem blockierten unfähliche Berichtspflichten an die BA-Zentrale wichtige Ressourcen für die Vermittlung. „Insbesondere achtet die BA akribisch auf die Einhaltung der Beschränkung von Krankheitschreibungen, weil Kranke statistisch nicht als arbeitslos gelten. Diese bürokratischen Anforderungen behindern die eigentliche Arbeit der Jobagenturen. „Wo der Ort“, machte Duppre deutlich.

Vermittlungshindernisse

Es müsse nach Ansicht des Verbandspräsidenten realisiert werden, dass der Erfolg der Eingliederung insbesondere langzeitarbeitsloser Menschen mit erheblichen Vermittlungshindernissen wie Drogen- oder Alkoholproblemen maßgeblich von kommunalem Know-how auf diesem Gebiet abhängt. „Die Arbeitsverwaltung kann hingegen auf Grund ihrer Zentralisierungsabhängigkeit, ihrer zentralen Stellung und ihrer Bürokratie und den daher äußerst geringen Handlungsspielräumen auf die individuelle Situation der Hilfesuchenden nicht ausreichend eingehen. Die erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgemeinschaften seit Jahresbeginn Arbeitslose ohne Beteiligung der Bundesagentur in Arbeit bringen, belegt dies eindrucksvoll. Daher ist es angezeit, den kommunalen Trägern in der Arbeitsgemeinschaft keine Steine in den Weg zu legen, sondern sie in ihrer schwierigen Arbeit nach Kräften zu unterstützen und ihnen eigene Entscheidungsverantwortung zuzubilligen.“

Optionsmodell

In diesem Zusammenhang sprach sich Duppre – unbescha-

det einer möglichen gesetzlichen Kompetenzumordnung nach der Bundestagswahl – für eine umfassende Öffnung des Optionsmodells für die Kommunen aus.

Das Optionsmodell ermöglicht durch das Prinzip der Leistungen aus einer Hand eine eingestaltbare und daher flexible kommunale Arbeitsmarktschritte. Es gibt über die derzeitigen 63 Landkreise und sechs kreisfreien Städte hinaus eine Reihe von Kreisen, die sich bei abgeklärter Finanzierung die Ausführung der Hartz IV-Aufgaben in eigener Regie zutrauen würden.“

Nachbesserungsbedarf in der Finanzierungsfrage

Nachbesserungsbedarf sieht Duppre auch bei der Finanzierungsfrage. Die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II hat sich gegenüber den Prognosen dramatisch gesteigert. Daran erwachen erhebliche finanzielle Risiken für Bund und Kommunen als Aufgabenträger. „Der Verband macht auf einen besonders pikanten Punkt aufmerksam: „Die finanziellen Folgen der Reform ergaben sich im Saldo bereits seit dem Beginn des Betrages, um den durch Wegfall von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfebezug eine Entlastung eintritt und anderen Seiten der Ausgaben im neuen System. Aus kommunaler Sicht ist unüberhörbar, dass den Landkreisen neben ehemaligen Sozialhilfeeinpängern auch unfähigere Personen als eigene Entlastung aus der Reform gegengerechnet werden, die zu Ende 2004 keine Arbeitslosenhilfe bezogen haben. Diese Personen haben aber früher gar keine Sozialhilfe aus dem Kommunalaushalt bekommen, sondern wurden erst im neuen System leistungsberechtigt. Die kommunale Entlastung ist allein auf Grund dieses Effektes um bis zu eine Milliarde Euro überzeichnet. Dieser Wehbehälter des Gesetzes muss unbedingt beim weiteren Umgang mit den Finanzierungsfolgen von Hartz IV Berücksichtigung finden“, so der Präsident des Spitzenverbandes der 323 Landkreise ab-

Forderungen an eine neue Bundesregierung

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages setzte sich unter anderem mit den Forderungen an eine neue Bundesregierung auseinander. DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppre kündigte für den Sommer einen Forderungskatalog der Landkreise an, der unter anderem die folgenden Themen umfassen wird: 1. Weiterentwicklung der Arbeitsmarktschritte im Hartz IV, 2. Reform der Kommunalfinanzien, 3. Zukunft des ländlichen Raumes, 4. Reform des Federalismus.

Des Weiteren befasse sich das Präsidium schon im Zeitpunkt der Arbeitsgemeinschaft mit dem Status der Umsetzung der Hartz-Reformen, der Reform des öffentlichen Rechtsrechts sowie den aktuellen Entwicklungen der Funktional- und Verwaltungsreformen in den einzelnen Bundesländern. Zu diesen Themen ergoßen gesonderte Presseerklärunen. □

Bayerischer Gastgeber Theo Zellerer:

Chamer Tagung zeigt Wirkung

Bayern begrüßt mehr kommunale Kompetenzen

„Die Tagung des Präsidiums des Deutschen Landkreistags im Landkreis Cham in Anwesenheit von BA-Chef Frank-Jürgen Weise zeigt offenbar Wirkung. Die nachfolgenden Forderungen der versammelten Landkreise haben ihn überzeugt.“ So kommentiert der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellerer, Presseberichte, wonach Bundeswirtschaftsminister Clement endlich zur Kenntnis nimmt, dass die Arbeitsgemeinschaften bei der Bewältigung der Aufgaben nach Hartz IV mehr Freiheit brauchen und die kommunale Seite ihre Erfahrungen im sozialen Bereich besser einbringen darf. „Wir Landkreise haben immer schon als gleichberechtigte Partner der Arbeitsverwaltung in den Arbeitsgemeinschaften verstanden. Für diese Überlegung war die Bundesanstalt für Arbeit bislang unzugänglich.“



Innenminister Dr. Günther Beckstein und der gastgebende Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger.

(Fortsetzung nächste Seite)
(Fortsetzung von Seite 4)
fahren beschränkt, solle zu Gunsten des Universalprinzips aufgehoben werden. Dies, so Beckstein, ehne den Sparkassen grundsätzlich den Weg zu allen banküblichen Geschäften und „ist unser Beitrag für zukunfts-fähige Sparkassen“.

Drei-Säulen-Modell in Regensburg

Zuvor bereits hatte Oberbürgermeister Hans Schaidinger in einem Grußwort Regensburg als lebendige mittelalterliche Stadt am Beginn des 3. Jahrtausends gewürdigt, die gleichsam ein Drei-Säulen-Modell verkörpere: jenes der sanierten Altstadt, der Stadt der Wissenschaft und der modernen Industriestadt. Als Biotechnologie-Standort sei man die Nummer fünf in Deutschland. Auf 100 Einwohner entfielen 102 Arbeitsplätze, womit

man im bundesdeutschen Ranking nach Frankfurt am Main auf einem hervorragenden zweiten Platz rangiere. „Erfolgreiche Strukturpolitik hat einen Namen“, so Schaidinger.

Landrat Hansjörg Christmann, 1. Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, dankte in seinem Schlusswort Kommunalminister Beckstein, der ein „unverbrüchliches, durchaus nicht selbstverständliches Bekenntnis zur Sparkassenidee“ abgegeben habe. Wenn die Kommunen und die deutsche Politik insgesamt Stärke zeigten, „kann uns Brüssel nicht schaden“, meinte Christmann. Mit der Aufforderung, für Sparkassenstiftungen zu werben, da diese so manche Ausschüttungsdiskussion entschärfen könnten, dem Bekenntnis zum Sparkassenverbund und dem Appell, sich auf die Tugenden der Sozialen Marktwirtschaft zu besinnen, erklärte der Präsident den Bayerischen Sparkassenrat

Versicherungskammer Bayern bleibt den Regionen verbunden

Seit Jahren überdurchschnittliches Wachstum / Spezial-Service für Kommunen

Regionale Verankerung bleibt die Strategie der Versicherungskammer Bayern, die über Kfz-, Haftpflicht-, Gebäude- und Brandversicherungen auch eng mit Kommunen und Landkreisen „verwandelt“ ist. Alle unter dem Konzerndach vereinten Versicherungen, zu denen seit 2004 in Berlin-Brandenburg auch die Feuersozietät und die Öffentliche Lebensversicherung gehören, treten weiterhin unter ihrer regionalen Marke als eigenständige Versicherungsunternehmen auf, wobei sie in der S-Finanzgruppe eng mit den regionalen Sparkassen zusammenarbeiten. Dieses Konzept, so der Vorstandsvorsitzende Friedrich Schubring-Giese in der Bilanz-Presskonferenz, sichert nicht nur Arbeitsplätze und Steuerkraft in der Region, sondern auch Kundennähe und optimale Vertriebsorientierung. Mit besonderen Serviceleistungen wartet die Kammer für Kommunen und Landkreise auf.

Die Versicherungskammer Bayern ist der größte öffentliche Versicherer Deutschlands und bundesweit eines der zehn größten Erstversicherungsunternehmen. Mit seinen regional tätigen Gesellschaften ist das Unternehmen in Bayern, der Pfalz, im Saarland sowie in Berlin und Brandenburg aktiv. Darüber hinaus betreibt es gemeinsam mit den anderen öffentlichen Versicherern über die beiden privaten Krankenversicherer Bayerische Beamtenkrankenkasse, die jedem Mann zugänglich ist, und über die Union Krankenversicherer bundesweit das Krankenversicherungsgeschäft. Insgesamt erzielte im Berichtsjahr 2004 der Konzern mit 6.400 Mitarbeitern Beitragseinnahmen von 5,26 Mrd. Euro, 8,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Künftig dürfte die Kammer ihre Tätigkeit über Bayern hinaus noch weiter ausdehnen, denn das Unternehmen will „durch Teilnahme am Konsolidierungsprozess der Versicherungswirtschaft“ weiter wachsen. Konkrete Angaben dazu machte Schubring-Giese nicht, er ließ aber durchblicken, dass derzeit wohl über Akquisitionen und/oder Kooperationen gesprochen wird.

Kontinuierliche Ertragssteigerungen

Grundsätzliches Ziel des Konzerns, der 1995 privatisiert und neu strukturiert wurde, ist kontinuierliches, ertragsreiches Wachstum. Das ist seit damals bis ins Berichtsjahr auch gelungen; die Zuwächse lagen stets über jenen des Marktes. So stiegen die Beitragseinnahmen in diesen Jahren insgesamt um einen Drittel, wogegen der Markt nur ein Plus von gut einem Drittel erwirtschaftete. Auf diese Weise soll es auch weitergehen, wobei das interne Wachstum durch eine „spürbare

Verbesserung der Kostensituation“ vorangetrieben werden soll.

Sehr gutes Ergebnis

2004 wurde „ein qualitativ sehr gutes Ergebnis“ erzielt, denn der Konzern-Jahresüberschuss legte, auch dank der ge-



Friedrich Schubring-Giese.

ringeren Schadenbelastung und eines „auf Normalmaß geschrumpften Steueraufwandes“, um nahezu 70 Prozent auf 74,5 Mio. Euro zu. Zugleich konnten die Reserven gestärkt, stille Lasten abgebaut und der Kapitalanlagebestand um 7,1 Prozent auf 28,5 Mrd. Euro gesteigert werden. Dazu der Vorstandsvorsitzende: „Unsere Wachstums- und Ertragsstärke resultiert aus eigener Kraft. Unsere Eigentü-

mer mussten kein Kapital nachschießen.“

Das Geschäft stammt zu ungefähr je einem Drittel aus der Unfall- und Schaden- (Komposit-Versicherung), der Kranken- und der Lebensversicherung. In der Komposit-Versicherung nahmen die Beitragseinnahmen um 14 Prozent auf 1,67 Mrd. Euro zu. Da 6,4 Prozent weniger Schäden gemeldet wurden, sank die sogenannte Combined Ratio (kombinierte Schaden-Kosten-Quote im Vergleich zu den Prämieinnahmen) auf den sehr guten Wert von 88,9 (91,8) Prozent. Dass der Jahresüberschuss in dieser Sparte rückläufig war, lag am Fehlbetrag der Feuersozietät Berlin. Heuer werden auch hier schwarze Zahlen erwartet.

Zusatzversicherungen

In der privaten Krankenversicherung, die ihre Beitragseinnahmen um 6,9 Prozent auf 1,59 Mrd. Euro steigern konnte, florierete vor allem das Geschäft mit Zusatzversicherungen, insbesondere für Zahnleistungen. Für die Zukunft des deutschen Gesundheitswesens setzt die Kammer wegen der demographischen Entwicklung voll auf kapitalgedeckte Lösungen. Deshalb hält sie wieder etwas vom Modell einer Bürgerversicherung der Regierung noch vom Modell einer Gesundheitsprämie der Opposition. Angesichts der Leistungseinschränkungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sei die Lösung die Weiterentwicklung des dualen Systems, auch über Kooperationen. Die Bayerische Beamtenversicherung arbeitet deshalb mit den AOKs in Bay-

(Fortsetzung auf Seite 6)



Stolz präsentieren die Preisträger des Sparkassen-Förderpreises Umwelt und Naturschutz 2005 ihre Urkunden. Es gratulierten Landrat Reinhard Leutner (links), Kreisfachberater und Jury-Vorsitzender Josef Schröder (3. v. r.) und Sparkassendirektor Roland Vogel (2. v. r.).

Vorbildliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz

Keine Unglückszahl: Zum 13. Mal überreichten Landratsamt Lichtenfels und Sparkasse Coburg-Lichtenfels den „Sparkassen-Förderpreis Umwelt- und Naturschutz“

Lichtenfels. Vorbildliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz anerkennen, positive Beispiele herausstellen und dadurch immer wieder zur Nachahmung anregen – das sind die wichtigsten Ziele des „Sparkassen-Förderpreises für herausragende Leistungen im Umwelt- und Naturschutz“. Er wurde heuer bereits im 13. Jahr gemeinsam vom Landratsamt Lichtenfels und der Sparkasse (1993 bis 2004: Kreissparkasse Lichtenfels, seit 2005: Sparkasse Coburg-Lichtenfels) vergeben.

Landrat Reinhard Leutner lobte das große bürgerschaftliche Engagement von dem Umwelt- und Naturschutz „vor Ort“ immer wieder profitorientiert. In Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte sei es besonders wichtig, dass Menschen für ihr Umfeld selbst Initiativen ergreifen.

Besonders erfreulich sei, dass von den 100 Gartenbauvereinen im Landkreis bereits 55 eine Jugendgruppe unterhielten, und damit bei der jungen Generation die Liebe zur Natur und zur Heimat angeregt werde. Mit dieser

Dank an die Sparkasse

Der Sparkasse dankte der Landrat, dass sie von Anfang an dem Förderpreis aufgeschlossen gegenüber stand, ihn aktiv mitgestalte und auch Urkunden und Geldpreise von insgesamt 2.000 Euro pro Jahr zur Verfügung

stelle. Besonders erfreulich sei, dass dieses Engagement auch nach dem Zusammengehen mit der Nachbarkommune Coburg unverändert beibehalten werde.

Sparkassendirektor Roland Vogel, stv. Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Coburg-Lichtenfels, betonte, dass sein Institut das Engagement auf den Gebieten Umwelt- und Naturschutz als besonders förderungswürdig ansehe. Dabei sei es ein besonderes Anliegen, kein einmaliges „Strohfeuer“ zu entfachen, sondern nachhaltig zu fördern.

„Gut für die Region“

Als lokal tätige Sparkasse wolle man mithelfen, die heimische Region lebens- und liebenswürdig zu gestalten. Mit diesem Förderpreis und einer Reihe anderer Aktivitäten bringe man sich im Sinne des eigenen Leit-

S-Firmen- und Gewerkekundenzentrum

Kreissparkasse Garmisch-Partenkirchen eröffnet neues Beratungszentrum

„Eine Investition für unsere mittelständischen Kunden, eine Investition in die Zukunft unserer Sparkasse, eine Investition in den Standort Garmisch-Partenkirchen“, so stellte das zuständige Vorstandsmitglied Peter Ling das neue Firmen- und Gewerkekundenzentrum der Kreissparkasse Garmisch-Partenkirchen im Rahmen der Eröffnungsfestlichkeiten vor.

„In schwieriger Zeit ist das Bekenntnis der Sparkasse zur Region und zum Mittelstand ein wichtiges Signal“, so Ling. Mit dem S-Firmen- und Gewerkekundenzentrum verwirklichte die Kreissparkasse das Ziel, das strategische Geschäftsfeld „Firmen- und Gewerkekunden“ zu positionieren. Nach der vor drei Jahren erfolgten Eröffnung des Anlage- und Vermögensberatungszentrums AVB ein weiterer Meilenstein, um Kunden noch mehr bieten zu können.

Zentrale Ansprechpartner für Kunden

Im neuen Zentrum wurde umfassendes

Know-How konzentriert. Persönliche Ansprechpartner geben den einzelnen Firmen- und Gewerkekunden die Sicherheit, eine wirklich komplexe und ganzheitliche Finanzstrategie für betriebliche wie auch private Belange zu bekommen. Hierzu wurden die Kreise aus den bisherigen Bereichen Firmen- und Gewerkekunden in der Hauptstelle am Kreisturm und dem gesamten Loisachtal im neuen S-Firmen- und Gewerkekundenzentrum gebündelt. Abgedeckt wird dabei das gesamte Spektrum mit gewerblichen Finanzierungen, Leasing, betrieblicher Altersvorsorge, Geldanlagen usw.

Neuester Sicherheitsstand

Insgesamt 419 Quadratmeter Nutzfläche errichteten die beauftragten, ausnahmslos lichtenfelsischen, Handwerker neu. Neben der für Kunden optisch erkennbaren Gestaltung von Räumlichkeiten und Außenanlagen wurde auch in Versorgungs- und Brandschutzmaßnahmen investiert. Wie der Vorstandsvorsitzende Georg Finck berichtet, „befindet sich die Kreissparkasse

gleitmaßnahmen und den Landschaftsschutz gebaut. Die Bürgersoldaticher sind ein Beispiel für eine gelungene Nutzung der unerschöpflichen Energie der Sonne.

Schulprojekte

Auch die Kinder lassen sich für die Energiewende begeistern. Die Schöner Solarzellen wurden Projektwunden durchgeführt. Grundschulkindern erfahren eine Woche lang, wie aus Sonnenlicht Strom erzeugt wird und wie wertvolle Energie eingespart werden kann. Die Schöner Solarzellen und Motor, sie strampeln sich auf dem Energie-Fahrrad ab und sie kochen mit dem Solarkocher Würstchen. ZIEL 21 führt die Schulprojekte in Zusammenarbeit mit dem Lehrerkollegium und mit Hilfe einer „Energiepädagogin“ durch.

Eine Energiewende braucht ein gesundes Mix aller erneuerbaren Energiequellen: Biomasse wie Holz, Planzenzelle und nachwachsende Rohstoffe sind gespeicherte Sonnenenergie. Durch die Vetterung der fossilen Energien wird der Einsatz von Biomasse z.B. als Holzschichtwerkstoff auch für Kommunen wirtschaftlich interessant. Zwei Gemeinden im Landkreis, Landsberg und Althegenberg betreiben Holzschichtwerkstoffwerke und versorgen so z.B. die Holzwerkstoffe für die Hackschnitzel stammen aus dem Restholz der umliegenden Wälder. Landwirte schaffen sich als „Energiewirte“ ein Zusatzeinkommen. Sie bereiten den Reststoff auf. Wenn regionale Kreisläufe entstehen, bedarf es nur noch kurzer Transportwege.

Viel Arbeit und enorme wirtschaftliche Chancen kommen auf die Handwerker der Region zu. Die Holzwerkstoffe werden in Zukunft gefertigt werden. Sie müssen geduldet und mit neuen Heizungsanlagen ausgerüstet werden. Reduzierter Energieverbrauch senkt die Heizkosten.

Engagement der Sparkasse

Die Sparkasse engagiert sich in verschiedenster Weise bei diesem Projekt. Zum einen arbeitet sie als operativer Partner in der Vorstandstätigkeit aktiv mit. Zum anderen werden durch die Mitwirkung in der Mitgliederversammlung sowie im Beirat neue Ideen erarbeitet sowie aktiv begleitet. So werden Finanzierungsleistungen für die Landkreislösungen und umgesetzt.

Darüber hinaus bietet die Sparkasse mit ihrem „Sonderdarlehen ZIEL 21“ ihren Kunden ein innovatives Finanzierungsinstrument für ZIEL 21-Produkte an und arbeitet zusammen mit Investoren und Kommunen projektspezifische Finanzierungsleistungen. □

Versicherungskammer ...

(Fortsetzung von Seite 5)

im Baden-Württemberg und im Rheinland zusammen. Außerdem bietet sie freiwillig Versicherten in der GKV den Übertritt in die private Krankenversicherung (PKV) ohne Risikozuschläge in eine Kapitaldeckte Basisstar. Groß gesprochen, rentiere sich ein Wechsel, je nach individuellen Gegebenheiten, bis zu einem Alter von 50 bis 55 Jahren.

Altersvorsorge

Die Lebensversicherung verzeichnete wegen des Auslaufens ihrer Steuervorteile einen Boom. Neugeschäft (+ 75,8 Prozent). Das zuständige Vorstandsmitglied Armin Holzmüller rechnet aber auch mittel- und langfristige mit einer gesunden Weiterentwicklung, besonders in der Altersvorsorge, „den keine andere Vorsorgeform garantieren lebenslange Leistungen, zumal nach Ruster und Rürup geförderte Produkte von den Hartz-IV-Regelungen nicht erfasst werden dürfen.“ Im Trend zulegen werden Rentenprodukte. Die Kammer ist auch stark engagiert in der zusätzlichen Altersvorsorge des öffentlichen Dienstes.

Besondere Leistungen für Kommunen

Mit besonderen Leistungen für Kommunen wartet das „aktive Risikomanagement“ der Kammer auf, mit dem Schäden vermieden oder wenigstens minimiert werden sollen. So bietet das elektronische Unwetterfrühwarnsystem WIND (auch

Privatkunden) örtlich und zeitlich exakte Unwetterprognosen per SMS, E-Mail oder Fax, so dass die Empfänger rechtzeitig Vorkehrungen treffen können. Das Projekt Medi-Risk ist ein professionelles Instrumentarium zu Schadenprävention in haftungsrelevanten Bereichen in Krankenhäusern. Dieses System unterstützt Ärzte, Pflegekräfte sowie Verwaltungs- und Geschäftsleistungen. Bereits 81 Krankenhäuser mit mehr als 27.000 Betten nutzen diesen Service, der letztlich Kommunen und Landkreise dient, wenn sie Krankenhausräger sind.

Unterstützung für die Feuerwehren

Und schließlich unterstützt die Kammer die Arbeit der Feuerwehren durch Brandschutzschulung in Schulen und Kindergärten und dadurch, dass sie Landkreise und kreisfreie Städte mit Wärmebildkameras ausstattet. Sie ermöglichen das Aufspüren versteckter Brandherde sowie von Personen oder Objekten in dichtem Rauch, bei Nacht oder Nebel.

Für 2005 erwartet der Kammer-Konzern wieder ein überdurchschnittliches, liegendes Beitragswachstum und ein Ergebnis auf ähnlichem Niveau wie im Berichtsjahr. Mit Prämienerhöhungen ist nicht zu rechnen, sieht man von der veränderten Wohngebäudeversicherung ab, wo es auf mittlerer Sicht zu einer Verteuerung kommen könnte, je nach dem, wie sich die Elementarschäden entwickeln.“ dng

Sparkasse Fürstentum: Aktive „Standort-hier-Politik“

Unter Einbeziehung von ökologischen und ökonomischen Gedanken

Neben ihren geschäftlichen Aktivitäten engagiert sich die Sparkasse Fürstentum seit jeher aktiv in ihrer Region (z.B. für Kultur, Sport und Umwelt). Diese Philosophie spiegelt sich in ihren Leitlinien und ihrer „Vision“. Für die Mitarbeiter in der Sparkasse Fürstentum handelt es sich hierbei nicht um plakative Aussagen, vielmehr wird das regionale Engagement in zahlreichen Bereichen umgesetzt. Ein aufwändiges Projekt hat sich inzwischen zu einer landkreisumfassenden Pilotmaßnahme entwickelt.

Es handelt sich um das „ZIEL 21“-Zentrum für Innovative Energien im Landkreis Fürstentum, einer von zwei Modell-Landkreisen für die Agenda 21 im Projekt des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen. Aus der Agenda 21 stammte der Landkreis 1998 gemeinsam mit der Sparkasse Fürstentum und der „BRUCKER LAND SOLIDARITÄTSGEMEINSCHAFT“ sein erstes Sonnenenergieprojekt: Über 600 Solaranlagen zur Warmwasserversorgung. Von diesem Vorhaben betriebenen aus der Region auf Landkreisdächern installiert. Die Handwerker erzielten einen Umsatz von ca. 3 Mio. Euro.

Modell-Landkreis für die AGENDA 21 in Bayern

Fürstentum für sich Deutschlands erster Landkreis sein, der sich komplett aus regenerativen Energiequellen versorgt. Dazu sollen der Energieverbrauch um fünfzig Prozent gesenkt, die Energieeffizienz erhöht und alle erneuerbaren Energien genutzt werden: Sonnenenergie für Strom und Wärme, Biogas aus Landwirtschaft und Abfall, Bio-masse wie Holz, Palisad und an-

deren nachwachsenden Rohstoffen, Geothermie und Wasserkraft.

Fürstentum ist bayernweit einer von zwei Modell-Landkreisen für die Agenda 21 im Projekt des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen. Aus der Agenda 21 stammte der Landkreis 1998 gemeinsam mit der Sparkasse Fürstentum und der „BRUCKER LAND SOLIDARITÄTSGEMEINSCHAFT“ sein erstes Sonnenenergieprojekt: Über 600 Solaranlagen zur Warmwasserversorgung. Von diesem Vorhaben betriebenen aus der Region auf Landkreisdächern installiert. Die Handwerker erzielten einen Umsatz von ca. 3 Mio. Euro.

Aus der Region - für die Region - war die Umsetzung der regionalen Wertschöpfung. Das Projekt vereint Ökologie und Ökonomie und wurde 1999 mit dem deutschen und europäischen Solareispreis ausgezeichnet.

Zur praktischen Umsetzung der Energiewende auf den öffentlichen Gebäuden Sonnenstrom erzeugen, der dann ins Stromnetz eingespeist und von den Energieversorgern vergütet wird. Mit den Demonstrationsanlagen wollte man zeigen, dass Sonnenstrahlung für allseitig Energie erzeugt werden kann. Die Rechnung ging auf: für die Umwelt und für die Investoren, die sich über eine gute Verzinsung der Einlage freuen. Bisher wurden 18 Anlagen in 16 Kommunen realisiert. In Enghofen wurde eine Freiflächenanlage mit 11 MW unter besonderem Augenmerk auf ökologische Be-

Bürger-Solardächer

Zu den vielen Sonnenkollektoren für Warmwasser kamen die Solarstromanlagen. Ein bürgernahes Solardach sollte in jeder Gemeinde auf dem öffentlichen Gebäude Sonnenstrom erzeugen, der dann ins Stromnetz eingespeist und von den Energieversorgern vergütet wird. Mit den Demonstrationsanlagen wollte man zeigen, dass Sonnenstrahlung für allseitig Energie erzeugt werden kann. Die Rechnung ging auf: für die Umwelt und für die Investoren, die sich über eine gute Verzinsung der Einlage freuen. Bisher wurden 18 Anlagen in 16 Kommunen realisiert. In Enghofen wurde eine Freiflächenanlage mit 11 MW unter besonderem Augenmerk auf ökologische Be-

Fachkonferenz der Bundes-SGK in Nürnberg:

Öffentlich-Private Partnerschaften

Rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die Fachkonferenz "Öffentlich-Private Partnerschaften in Kommunen" der Bundes-SGK in Nürnberg. Dabei plädierten Wolfgang Clement, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Roland Schäfer, Bürgermeister von Bergkamen und Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindeförderungsrates sowie der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, dafür, die neue Generation vertraglicher Öffentlich-Privater Partnerschaften (OPP) ernsthaft für die Möglichkeit der Bereitstellung kommunaler Infrastruktur zu prüfen und die damit verbundenen Chancen zu nutzen. Die neuen OPP-Verträge qualifizierten sich dadurch, dass sie einem Lebenszyklusansatz folgen, der so wohl das Planen, das Bauen, das Betreiben und das Finanzieren als auch die Verwertung (z. B. einer Immobilie) berücksichtigt.

Dass es in deutschen Kommunen einen enormen Nachholbedarf an Investitionen gab und gibt, ist unbestreitbar. Eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zeigt: Der kommunale Investitionsbedarf wird für die Jahre 2000 bis 2009 auf knapp 690 Mrd. Euro geschätzt. Dabei handelt es sich insbesondere um Investitionen für Wasserversorgung, Kanalisation und Kläranlagen, das Straßennetz, Krankenhäuser, Schulen, Sportstätten und kommunale Verwaltungsgebäude.

Tatsächlich investieren die deutschen Städte und Gemeinden aber nicht jährlich die eigentlich erforderlichen ca. 69 Mrd. Euro, sondern nicht einmal mehr ein Drittel davon, wie DStGB-Präsident Roland Schäfer bemerkt.

Aufgezwungene Ursache

Die Ursache des Problems sei von den Gemeinden nicht selbst gesetzt, sondern werde ihnen aufgezwungen: Seit Jahren spürbare Steuereintritte und der Sozialausgabenanstieg erzwingen zusammen den Investitionsabbau. Dies sei nicht nur für die Bürger, die mit dem Verfall der öffentlichen Straßen und Einrichtungen tagtäglich leben müssen, eine Zumutung. Es verursahe auch große Schäden für die Volkswirtschaft, "denn 60 Prozent der öffentlichen Investitionen erfolgen in kommunalem Auftrag". Brechen sie weg, fehle ein zentraler Eckpfeiler der Konjunktur.

Chancen von PPP

PPP sei lange Zeit ausschließlich als Finanzierungsalternative betrachtet worden, fuhr Schäfer fort. Eine solche Sichtweise verkürze allerdings unzulässigerweise folgende Chancen, die PPP tatsächlich bietet:

- Synergievorteile bei "Leistungen aus einer Hand", also die

- Entlastung der Kommunen im administrativen Bereich
- Kürzere Errichtungszeit
- Bessere Risikoverteilung: Das feste Budget entlastet die Kommunen von manchen unerwartet hinzutretenden Gebäudeforderungen. Diese Risiken sind aber in den Entgeltpreis eingekalkuliert, der somit vergleichbar einer Versicherungsprämie das Risiko transformiert. Zu bedenken ist, dass die feste Bindung an einen Vertrag mit z.B. 25-jähriger Laufzeit auch ein Risiko für die Kommune darstellt, weil diese dann nicht mehr so flexibel auf veränderte Umstände oder politische Wünsche eingehen kann.
- Der entscheidende Kostenvorteil folgt bei PPP-Projekten allerdings aus dem unternehmerischen Eigeninteresse des Privaten. Diese Motivation für wirtschaftliches Denken und Handeln von Anfang an kann bei Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst auf Grund der bestehenden Rahmenbedingungen und Strukturen nicht gleichwertig erwartet werden.

Einzelfallanalyse

Die Prüfung von PPP-Modellen erfordert laut Schäfer eine Einzelfallanalyse. Maßgeblich hierbei seien nicht nur Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Vereinbarkeit der PPP-Finanzierung mit wichtigen Interessen der Kommune.

Dies betreffe insbesondere die notwendige Steuerbarkeit und Kontrolle durch die öffentliche Hand hinsichtlich der öffentlichen Aufgabe. Wenn zum Beispiel eine Schule mittels PPP gebaut oder saniert werden soll, verbleibe der öffentliche Bildungsauftrag natürlich bei der Kommune, während das allgemeine Gebäudemanagement durchaus in private Hände gehen werden kann. Schäfer: "Entscheidend aber ist die Feststellung, dass - trotz Unsicherheiten und eventueller Unsicherheiten - bereits jetzt vollständige PPP-Projekte möglich sind, wenn die Beteiligten es denn wollen."

Magets Forderung

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Franz Maget, forderte seinerseits eine unvoreingenommene Prüfung öffentlich-privater Finanzierungsmodelle. "In Einzelfällen kann dies teurer werden, in vielen Fällen können dadurch aber zusätzliche private Mittel für öffentliche Belange mobilisiert werden."

Ausgenommen bleiben sollten nach Ansicht Magets auf jeden Fall Kernbereiche der Daseinsvorsorge. Angesichts angespannter kommunaler Haushalte in Bayern, deren Situation sich mit dem Nachtragshaushalt 2004 nochmals dramatisch zugespitzt habe, sieht der Fraktionschef in PPP-Modellen eine kreative Möglichkeit für Investitionen in den Kommunen.

Zur erfolgreichen Realisierung dieser Modelle seien insbesondere erforderlich:

- ein klares Leistungsprofil, das dem Privaten abverlangt werden soll und das auch auf mögliche tatsächliche Veränderungen im Laufe der Jahrzehnte eingeht,

- eine exakte Vergleichsrechnung, um die Sinnhaftigkeit einer OPP im konkreten Fall bewerten zu können,
- die finanzielle und personelle Leistungskraft, um den zunächst höheren Vorbereitungsaufwand und Beratungsaufwand schulden zu können sowie
- die strikte Einhaltung der vergäberrechtlichen Bestimmungen.

Prüfung im Einzelfall

Wie die in acht Foren präsentierten Beispiele für unterschiedliche kommunale Aufgaben zeigten, können Öffentlich-Private Partnerschaften zum Teil erhebliche Effizienzgewinne mit sich bringen. Es bedarf hierzu allerdings qualifizierter Beratung und sachgerechter Vorbereitungsarbeit, wie u. a. die Pfaffenheimer Stadtkämmerin Susanne Weishar anhand der dort bereits durchgeführten Projekte „Stadt-halle“, „Sanierung Altes Rathaus“, „Aestationswesen“, „Kilnium“ und „Chemisches Institut“ schilderte. Doch wurde in den Foren auch deutlich, dass nicht für alle Aufgaben OPP automatisch die besseren Lösungsansätze bieten. Im Einzelfall gelte es, diese genau zu prüfen. **DK**

Einnahmen der Kommunen lassen Staatsdefizit sinken

Wiesbaden. Deutlich wachsende Einnahmen der Kommunen haben das Staatsdefizit im ersten Quartal dieses Jahres wieder ein wenig sinken lassen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden jetzt meldete, wuchsen die Einnahmen der öffentlichen Hand von Januar bis März im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum insgesamt um 2,1 Prozent.

Dadurch sank das Finanzierungszinsdefizit der öffentlichen Haushalte gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 3,2 Milliarden Euro auf jetzt 56,3 Milliarden. Die Kreditmarktschulden des Staates sind aber gleichwohl mit 1.400 Milliarden oder 1,4 Billionen Euro sehr hoch.

Insgesamt stiegen nach den Ergebnissen der Kassenstatistik die Einnahmen von Bund, Sondervermögen des Bundes, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung von Januar bis März um besagte 2,1 Prozent auf 208,2 Milliarden Euro und damit deutlich stärker als die Ausgaben.

Diese nahmen im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres nur um 0,4 Prozent auf 264,5 Milliarden Euro zu. Aus der Differenz ergibt sich das Finanzierungszinsdefizit der öffentlichen Haushalte in Abgrenzung der Finanzstatistik von 56,3 Milliarden Euro.

Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben nahmen insgesamt um 1,2 Prozent auf 185,4 Milliarden Euro zu. Besonders kräftig fiel der Zuwachs bei den Steuereinnahmen der Gemeinden mit einem Plus von 12,3 Prozent auf 9,6 Milliarden Euro aus. Vor allem die Gewerbesteuererinnahmen erhöht sich um 19,1 Prozent. Leicht rückläufig waren dagegen die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder mit einem Minus von jeweils 0,5 Prozent. **KK/ap**

Auftrag für erstes PPP-Projekt im Straßenbau vergeben

Die Bayerische Straßenbauverwaltung hat den Auftrag für das erste Public Private Partnership Pilotprojekt (PPP) im Straßenbau in Bayern vergeben. Die Besonderheit liegt darin, dass erstmals ein Auftragnehmer eine Staatsstraße mit privatem Kapital baut und gleichzeitig auch für ihre Erhaltung in den nächsten 25 Jahren verantwortlich ist.

„Es handelt sich also um eine echte Kooperation zwischen der staatlichen Bauverwaltung und der privaten Bauwirtschaft“, berichtete Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Auftragsvergabe für den Bau der 4,8 Kilometer langen und insgesamt 37 Millionen Euro teuren Ortsumgehung von Miltenberg und Großheubach im Zuge der Staatsstraße 2309.

Beginn im August

Die Bauarbeiten für die Um-

gehung Miltenberg beginnen im August 2005 und sollen spätestens im Jahr 2009 abgeschlossen sein.

Die neue Ortsumgehung entlastet die mit 23.000 Fahrzeugen pro Tag befahrene Ortsdurchfahrt Miltenberg und die mit 13.000 Fahrzeugen pro Tag befahrene Staatsstraße 2309 im südlichen Ortsteil von Großheubach vom Durchgangsverkehr und täglichem Dauerstau. Die 4,8 Kilometer lange Ortsumgehung erhält einen 350 Meter langen Tunnel und eine über 300 Meter lange Mainbrücke. □

BayernLB verlieh Klinikförderpreis

Die BayernLB verlieh in München zum achten Mal den mit 25.000 Euro dotierten Klinikförderpreis. Der Preis ist ein bundesweit ausgeschriebener Wettbewerb für Kliniken, die den Strukturwandel im Gesundheitswesen vorantreiben.

In den letzten Jahren hat sich das Selbstverständnis der Kliniken gewandelt. Die Krankenanstalt der Vergangenheit, die verwaltet hat und verwaltet wurde, hat ausgedient. An ihre Stelle tritt immer mehr das Leitbild eines Unternehmens, das eine wichtige soziale Aufgabe erfüllt. Damit auch künftig das hohe Niveau im Gesundheitswesen bezahlbar bleibt, sind Maßnahmen wie Effizienzsteigerung sowie Optimierung der Strukturen und Prozessabläufe in den Kliniken dringend erforderlich.

Die Idee

„Unser Ziel ist es, die Kliniken hervorzuheben, die den Strukturwandel im Gesundheitswesen mit innovativen Ideen besonders vorantreiben“, so Dr. Rudolf Hanisch, Mitglied des Vorstands des BayernLB. Zur Idee dieses sozialen Engagements der Bank. Schirmherrin des Klinikförderpreises ist die Bayerische Staats-

ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen, Christa Stevens.

Die Preisträger

Ausgezeichnet wurden dieses Jahr das Kurzzeittherapie-Zentrum am Klinikum Mannheim mit dem Projekt „Ambulantes Operieren“, das Zentrum für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin des Ev. Krankenhauses Bielefeld mit dem Projekt „Drogensprechstunde“, das Institut für Kinderschmerztherapie und pädiatrische Palliativmedizin an der Westfälischen Kinder- und Jugendklinik Datteln mit dem Projekt „Kinderschmerzambulanz“, die Hessian Stiftung Augsburg mit dem Projekt „Memory Klinik“. Einen Sonderpreis erhielt das Klinikum der Universität München, Ultraschall und Pränatale Medizin Großhadern mit dem Projekt „Telemedizin der Sonographie“. Jedes Projekt wurde mit 5.000 Euro prämiert. □

Genossenschaftsverband Bayern:

Leonhard Dunstheimer neuer Vorsitzender des Verbandsrates

Der Verbandsrat des Genossenschaftsverbandes Bayern hat Leonhard Dunstheimer zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Damit verbunden ist auch das Amt des ehrenamtlichen Verbandspräsidenten.

Dunstheimer ist Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen-Volksbank Ries eG in Nördlingen. Er folgt auf Jürgen Partenheimer, Aufsichtsratsvorsitzender der Münchner Bank eG, der nach zwölfjähriger Amtszeit aus Altersgründen nicht mehr kandidierte.

Gewählt für vier Jahre

Der 56-jährige Dunstheimer ist für vier Jahre an die Spitze des Verbandsrates gewählt, der die Funktion eines Aufsichtsrates des Genossenschaftsverbandes Bayern erfüllt. Er gehört dem Gremium bereits seit 1997 an. Zu seinen Stellvertretern wurden Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, und Konrad Igel, Vorstandssprecher der Raiffeisenbank Rosenheim eG, gewählt.

Als ehrenamtlicher Verbandspräsident des Genossenschaftsverbandes Bayern repräsentiert

Dunstheimer 1.160 Mitgliedsunternehmen, darunter 364 Volksbanken und Raiffeisen-



Leonhard Dunstheimer. □

banken mit einer Bilanzsumme von 100,3 Mrd. Euro sowie Genossenschaften aus dem landwirtschaftlichen und dem gewerblichen Bereich mit rund 9,2 Mrd. Euro Umsatz und über 2,7 Millionen Mitgliedern. □



V.l.: Lothar Kempfle, Regionalmanager Donautal-Aktiv, Landrat Hubert Hafner, Günzburg, Landrat Stefan Röfle, Donau-Ries, Landrat Leo Schrell, Dillingen. □

Schwäbisches Donautal:

Landkreisübergreifende Wirtschaftsförderung

Die Landkreise Dillingen, Donau-Ries und Günzburg wollen näher zusammenrücken und die Zusammenarbeit verstärken. Dies bekräftigten die Landräte Hubert Hafner, Stefan Röfle und Leo Schrell bei einem gemeinsamen Pressetermin, bei dem sie ein Projekt zur Neuorientierung der Wirtschaftsförderung in ihren Landkreisen vorstellten. Der Weg dorthin soll mit einem von Donautal-Aktiv geförderten Projekt näher beleuchtet und erste Pilotvorhaben in enger Kooperation umgesetzt werden.

Als Ausgangsbasis dient die Strategienentwicklung für eine zukunftsfähige Wirtschaftsförderung auf Landkreisebene. Hier werden auch gezielt die Synergieeffekte einer enger Zusammenarbeit auf der Donauschiene geklärt.

Als ein Schlüsselprojekt bezeichnete Leo Schrell, der gleichzeitig Vorsitzender von Donautal-Aktiv ist, das gemeinsame Vorhaben, das unter dem Titel „Förderung der regionalen Wirtschaft“ geführt wird.

Nachdem seit 2002 über das Modellvorhaben Regionen Aktiv in verschiedenen Projekten schon die Zusammenarbeit in den Bereichen Tourismus, Regionalvermarktung und regenerativer Energien geübt werden konnte, ist es nun nur noch folgerichtig, auch in der Wirtschaftsförderung die Gemeinsamkeiten auszuloten, betonte sein Kollege Hubert Hafner.

„Unsere Ausgangssituationen sind vergleichbar, darum waren wir uns, als Anfang des Jahres erste Gespräche geführt wurden, schnell über die Zusammenarbeiten einig“, stieß Stefan Röfle ins gleiche Horn. Diese Einigkeit wollen alle drei Politiker jedoch nicht als Abgrenzung verstanden wissen. Je nach Thema wird es unterschiedliche Konstellationen der Zusammenarbeit geben. Dabei ist es nicht auszuschließen, dass es auch zu Kooperationen mit den anderen, zur Modellregion gehörigen Landkreisen kommen kann.

Doch nun haben zunächst die Experten das Wort. Als erstes wird in den kommenden drei Monaten eine regionale Wirtschaftsförderstrategie erarbeitet. Dazu ist das Iflres Institut in Stubbgen bei Augsburg beauftragt worden. Im Rahmen der so genannten „Donautal-Studie“ soll bis Ende September ein konkreter Fahrplan für die Wirtschaftsförderung vorgelegt werden.

Gemäß den Vorgaben der drei Landkreise wird bei der Donautal-Studie eine Aktualisierung der vorhandenen Bestandsanalysen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Demographie und Wirtschaftsstruktur erfolgen. Im Zentrum der Arbeit stehen jedoch ein generelles Konzept zur Wirtschaftsförderung und die gemeinsame Festlegung von kurz- und mittelfristig umsetzbaren Maßnahmen. Dabei wird auf den bisherigen Aktivitäten in den Landkreisen aufgebaut und es werden weitere Akteure wie IHK und Handwerkskammer, Verbände und der Kommunen eng in die Erarbeitung einbezogen.

Einig waren sich die Landräte darin, ihre Arbeit in Sachen Wirtschaftsförderung künftig noch stärker an den Bedürfnissen der heimischen Wirtschaft ausrichten zu wollen. Dazu sollen unter anderem die ersten gemeinsamen Projekte beitragen, die in den kommenden Monaten geplant und bis zum kommenden Frühjahr sofort umgesetzt werden sollen. Hierfür ist gezielt ein Mittelpool eingerichtet worden. □

Deutsches Hofpenmuseum in Wolnzach eröffnet:

Ein Schmuckstück für die Sinne

Typisches Förderprojekt der Bayerischen Sparkassenstiftung

„Zwischen Sparkassen und Museen gibt es eine sinnfällige Verbindung“, so Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführer der Bayerischen Sparkassenstiftung. „Beide sind in ihren Regionen tief verankert, sind lebendiger Teil ihrer Geschichte und aktiver Partner bei der Gestaltung der Zukunft.“ Von den rund 5000 deutschen Museen liegen weit über 1200 im Kulturstaat Bayern. Das High-Tech-Land befindet sich damit in einer beneideten Spitzenstellung.

Vorrangiges Unternehmensziel der Sparkassen ist die nachhaltige Förderung der Lebens- und Arbeitsstandorte in ihrer jeweiligen Region. Mit ihrem gemeinwohlorientierten Handeln zeigen die Sparkassen, dass Soziale Marktwirtschaft nicht allein eine Staatsaufgabe sein muss, sondern gleichermaßen auch wohl verstandene Bürgerpflicht ist. Mit Stiftungsgeldern und Spenden bringen die Sparkassen-Finanzgruppe insgesamt nahezu 300 Millionen Euro für das Gemeinwohl auf.

Im gesamten Förderengagement der Sparkassen-Finanzgruppe bildet die Kunst- und Kulturförderung einen wichtigen Schwerpunkt. Mehr als 100 Millionen Euro werden die Sparkassen dafür Jahr für Jahr auf. Mit diesem Fördervolumen sind sie der größte nichtstaatliche Kulturförderer in Deutschland.

Verantwortung für die Region

Der Bayerischen Sparkassenstiftung ist die hohe gesellschaftliche Bedeutung des musealen Auftrags nur zu gut bewusst. Deshalb übernimmt sie mit ihrer Museumsförderung Verantwortung für die bayerische Region und ihre Bürger. Ein typisches Beispiel ist das vor kurzem eröffnete Deutsche Hofpenmuseum in Wolnzach. Mit Blick auf die bedeutende Rolle, die der Hopfen für die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung Bayerns spielt, hat sich die Bayerische Sparkassenstiftung maßgeblich am Innenausbau des Museums beteiligt.

Diese Einrichtung, die sich einer wichtigen Sonderkultur in Bayern widmet, entstand im Wesentlichen auf Wunsch und durch die Mitarbeit vieler Bürger. Damit ist es im besten Sinne ein Museum „von unten“. In der kurzen Zeit der schrittweisen Öffnung entwickelte es sich bereits zu einem wichtigen Kommunikations- und Kristallisationsort im größten Hopfenanbaugebiet der Welt. So erfüllt es ein wichtiges Ziel der Kulturför-

derung der Sparkassen in Bayern und gehört deshalb zu den typischen Förderprojekten der Bayerischen Sparkassenstiftung.

In seiner Rede zur Museums-einweihung erinnerte der oberbayerische Bezirksstadtspräsident Franz Jungwirth daran, dass erstmals für das Museum (damals noch mit Sondergenehmigung) ein Zweckverband gegründet wurde, in dem sich der Markt Wolnzach, der Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm und der Bezirk Oberbayern zusammengeschlossen hatten. Jungwirth verwies auf die lange Standortstrategie, die die Sparkassen und lobte gleichzeitig die optimale Lösung, die für das Hofpenmuseum gefunden wurde. Er sprach von einer „schweren Geburt, die ein schönes Kind gebracht hat“. Dieses sei äußerst lebendig: „Wir haben hier ein lebendiges Museum, ein Museum für alle Sinne. Ich bin davon überzeugt, dass dies der richtige Weg ist - und das zeigt auch die Erfahrungen, die der Bezirk Oberbayern mit seinem Museum gemacht hat.“

Als Festredner konnte Wolnzachs Erster Bürgermeister Josef Schich an Einweihungstag Landwirtschaftsminister Josef Miller begrüßen. Der Staatsminister zeigte sich begeistert von dem Ergebnis der zwanzigjährigen Aufbauarbeit und von dem zentralen Standort in der Marktnähe der Hofpenmetropole Wolnzach, die sich in den vergangenen Jahren zu einem weltweit einmaligen „Kompetenzzentrum für Hopfen“ entwickelt habe. „Wer die Gegenwart beurteilen und die Zukunft entwickeln will, muss über die Vergangenheit Bescheid wissen“, sagte Miller. „Wer starke Wurzeln hat, wird auch in stürmischen Zeiten besser bestehen können.“ Das Deutsche Hofpenmuseum sei hierfür ein ideales Medium - auch wenn es ein „langer, oft steiniger und mühsamer Weg bis zur Verwirklichung dieses großartigen Projekts“ war. Dabei hob Miller besonders den geleisteten Einsatz des Fördervereins und aller hervor, die zum Aufbau des Museums beigetragen haben. **DK**

Kommunale Versicherungen - Effizientes Management

Von Helmut Frank, Wirtschafts-Assekuranz Makler GmbH, Bad Aibling

In ihrem Versicherungsportfolio finden Städte und Gemeinden enorme Sparpotenziale. Versierte Makler unterstützen ein effizientes Versicherungs- und Risikomanagement, helfen bei der Auswahl preiswerter Anbieter und auch bei den geforderten Ausschreibungen.

Mehrere Meter Ordner: Auf insgesamt 120 unterschiedliche Verträge summierten sich die Versicherungen einer süddeutschen Kleinstadt mit 10.000 Einwohnern. Die Policen für Haftpflicht-, Feuer-, Elektronik-, Gebäude-, Unfall- und andere Versicherungen sowie der notwendige Schriftwechsel mit den Assekuranten füllten Dutzende von Ordnern und drei Akten-schränke. Nur mit viel Aufwand gelang es den Verwaltungsangestellten die Übersicht über die Verträge zu behalten oder im Schadensfall die Leistungen zu organisieren.

Kostspielige Situation

Eine kostspielige wie gefährliche Situation: Näher betrachtet enthielten die Ordner nämlich teils veraltete oder gar nicht mehr notwendige Policen. Für Gebäude lagen teils mehrere Versicherungen vor, die sich doppelten und überschritten. In einigen Verträgen waren vorhandene Risiken gar nicht eingeschätzt worden. Im Notfall hätte die Gemeinde Schäden aus der eigenen Kasse ausgleichen müssen.

Diese Kleinstadt ist kein Einzelfall. Regelmäßig macht der Bundesrechnungshof auf Misswirtschaft im Bereich der kommunalen Versicherung aufmerksam und weist auf das dort schlimmernde Einsparpotenzial hin. Zwar sank laut Statistischem Bundesamt das Haushaltsdefizit der Gemeinden und Gemeindeverbände um über vier auf 3,8 Milliarden Euro, doch stagnierten die Sachausgaben der Kommunen unverändert bei knapp 30 Milliarden Euro im Jahr.

Einsparpotenziale

Nach Erfahrungen der Wirtschafts-Assekuranz, der größten inhabergeführten Maklergruppe für kommunale Versicherungen, könnten Städte und Gemeinden ihre Kosten im Jahr um mehrere Tausend Euro senken, wenn sie Policen und Risiken gründlicher kontrollierten und effizienter managten. Doch meist finden sich in den Liegen-schaftsämtern und Kämmerereien

ausgewiesene Finanzspezialisten, die sich in Versicherungsfragen nicht umfassend auskennen, daher den gewohnten Anbietern vertrauen und vorsichtshalber langjährige Vertragsbeziehungen gar nicht erst hinterfragen.

Entlastung der Verwaltungen

Makler gleichen jedoch Wissenslücken aus und entlasten die Verwaltungen. Im Auftrag von Städten und Gemeinden analysieren sie die vorhandenen Risiken, entwickeln daraus ein maßgeschneidertes Versicherungs- und Risikokonzept und suchen unter den 140 heimischen Versicherungsgesellschaften sowie deren Konkurrenten in Europa den günstigsten Anbieter aus. Makler, die sich wie die Wirtschafts-Assekuranz auf kommunale Versicherungen spezialisiert haben, unterstützen ihre Klienten auch bei den Ausschreibungen, die die Vergabeverordnung (VGW) vorschreibt.

Sicherheit im kommunalen Haushalt

Der Bundesgerichtshof hat 1985 den Versicherungs-makler rechtlich dazu verpflichtet, im „Bereich der Versicherungsverhältnisse des von ihm betreuten Versicherungsnehmers dessen Sachwalter“ zu sein. Er vertritt also die Interessen der Gemeinde, regelt für sie auch den Schadensausgleich - und haftet für die Richtigkeit abgeschlossener Policen. So entsteht Sicherheit auch im kommunalen Haushalt.

Nach den Erfahrungen des Bundesrechnungshofs treiben vier Gründe die Kosten bei den kommunalen Versicherungen. Städte und Gemeinden

- schätzen ihr finanzielles Risiko tendenziell zu hoch ein,
- nehmen Leistungen oft nicht in Anspruch,
- aktualisieren bestehende Verträge nur selten,
- verzichten vor Abschluss neuer Versicherungen auf Angebote unterschiedlicher Anbieter und den Preisvergleich.

Gerade im Sachversicherungsbereich lassen sich enorm

me Sparpotenziale aufspüren. So hatte sich eine bayerische Gemeinde gegen Glasbruch in Schulen, Kindergärten und Verwaltungsgebäuden versichert. In fünf Jahren bezahlte sie dafür rund 20.000 Euro Prämien - um dafür einen Gesamtschaden von 5000 Euro zu vermeiden. Das Beispiel zeigt, dass entgegen weit verbreiteter Annahmen Glasbruch die Kommunen gar nicht so teuer kommt. Durch eine geschickte Selbstbeteiligung bei den vergleichsweise niedrigen Schadenssummen ließen sich hohe Prämien deutlich senken. Außerdem können viele Gemeinden auf eine solche Police verzichten und vorsorglich Rücklagen für die selten auftretenden Schäden bilden: „Bagatelldschäden“, bestätigt der Bundesrechnungshof, „kann der kommunale Haushalt in der Regel ohne weiteres decken, auch wenn sie häufig auftreten.“

Im Notfall vor dem Nichts

Andererseits sind die Kommunen gegenüber Elementarschäden wie Erdstöße, Überschwemmung in der Regel nur unzureichend geschützt. Weil die Schadenssummen in die Millionen gehen können, scheuen viele Versicherungen vor dem Risiko, im Notfall den Schaden über die eigenen Kräfte hinaus zu decken. Daher hat nur teure Policen an ihre Haftung geknüpft. Aus Kostengründen verzichten Kommunen auf eine Police und stehen im Notfall vor dem Nichts.

Umgelegt mauern die Gesellschaften, wenn es um die Dienst-Vermögens-Haftpflicht für Kämmerer oder Bürgermeister geht. Angeblich könne man den Regress aus falschen Ausgaben und Verträgen nicht versichern, heißt es. Immerhin 37 Prozent der im Jahr 2000 verzeichneten Ausgleichsleistungen der kommunalen Versicherer entfielen auf Sach- und Vermögensschäden, die Dienstkräfte verursacht hatten. Doch erfahrungsgemäß liegen hier die Prämien sehr niedrig und können Rechnungsprüfer hohe Schäden aufdecken. So sind diese Policen ähnlich wie die der Schutz vor Elementarschäden ein ungeliebtes Geschäft für viele Versicherungen, das kleinere, unbekannte Gesellschaften allerdings gerne übernehmen. Ein guter Makler kennt diese und kann die passenden Bedingungen aushandeln.

Zu hohe Deckungssummen

Die geschickte Anpassung von Deckungssummen an tatsächliche Bedürfnisse hilft Kosten senken, aber auch die regelmäßige Kontrolle bestehender Verträge. Doch angesichts des Personalabbaus und der steigenden Arbeitsbelastung im öffentlichen Dienst fehlt dazu meistens die Zeit. So sammeln sich in den Ordnern der Kommunalverwaltungen Volksskoverversicherungen für längst abgeschriebene Fahrzeuge, die mit einer Teilkaskopolicy billiger unterwegs wären. Auch die Elektronikversicherungen sind häufig nicht auf dem neuesten Stand. Folglich sind neuere Computer oder Telefonanlagen unzureichend geschützt oder aber Deckungssummen viel zu hoch, weil sie die jüngsten Preisentwicklungen auf dem High-Tech-Sektor nicht berücksichtigen.

Eine mittlere Kleinstadt finanzierte außerdem die Versicherung für Autos, die schon seit Jahren verschrottet waren.

Neben unnötigen oder falschen Policen gehen Doppelversicherungen auf das Konto mangelnder Kontrolle. So schließen beispielsweise Kommunen für ihre Kraftfahrer, Reinigungsmitarbeiter oder Bauhelfer eigene Unfallversicherungen ab, obwohl das gesetzliche Pendant für deren Schäden aufkommen würde und die Zusatzpolicen in den Augen von Richtern eine unzulässige außerordentliche Leistung darstellt. Doppelversicherungen entstehen besonders häufig im Immobilienbereich. Assekuranten nehmen in die Gebäudeversicherung gerne die teure Telefon- und Computereinlage mit auf, obwohl die schon ausreichend durch eine Elektronikpolicen abgedeckt ist. Ein versierter Makler ordnet den über Jahre gewachsenen Dschungel aus unterschiedlichen Policen und doppelten Schutz. Er rät Kommunen nach der Analyse bestehender Risiken auch, nach Möglichkeit Verträge an untergeordnete Organisationen oder Auftragnehmer abzuwälzen.

Sparen an Personal- und Beratungskosten

175.000 Euro Gehalt bezahlte Sachsen-Anhalt im Jahr 2001 laut Bundesrechnungshof einem Investitionsberater, der sich ausschließlich um die Versicherungen des Bundeslandes kümmerte. Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern richten für vergleichbare Aufgaben einen Dienstposten der Besoldungsgruppe A10 oder nach Vb-BAT-Tarif ein, größere Städte stellen einen Organisations-sachbearbeiter ein. Einen Teil dieser Personal- und Beratungskosten können Kommunen sparen, wenn sie das Risiko-

und Versicherungsmanagement spezialisierten Maklern überlassen. Der Vorteil liegt auf der Hand: Statt regelmäßiger Kosten für Beratungshonorare bezahlt diese der Versicherer über die Courtage, obwohl der Makler seinem Kunden auch rechtlich verpflichtet ist.

Marktkennntnis nutzen

So können Städte und Gemeinden ein hohes Maß an Marktkennntnis nutzen, ohne zusätzliche Haushaltsbelastung. Im Gegensatz zu ihren Mitarbeitern konzentrieren sich die Spezialisten ausschließlich auf Versicherungen und ihre Produkte. Ihnen fällt daher nicht nur der Preisvergleich unter verschiedenen Anbietern leichter, sondern auch die Kontrolle von Verträgen und Konditionen.

Senken von Nebenkosten

So kalkulieren Versicherungen normalerweise für Steuern, Bearbeitung und Verwaltung einen 85prozentigen Zuschlag auf die Risikoprämie ein. Diese Nebenkosten lassen sich durch geschicktes Verhandeln reduzieren, Makler regeln zudem im Auftrag ihrer Klienten auch die Schadensfälle. Das nützt allen Beteiligten, verkürzt Wege und hilft ebenfalls, die Nebenkosten von Verträgen zu senken. Schließlich liegen den Assekuranten sofort alle notwendigen Unterlagen oder Gutachten für die Geldleistung vor, sie sparen sich Verwaltungsaufwand. Die Kommunalverwaltungen wiederum kommen schneller an ihr Geld und können auf die Zwischenfinanzierung verzichten. Branchenwissen von Maklern hilft bei der notwendigen Aus-

schiebung von Versicherungsleistungen. Übersteigt das Prämienvolumen innerhalb von vier Jahren 200.000 Euro, müssen sich große Maklergesellschaften längst im Ausland vernetzen. So beschäftigt beispielsweise die Wirtschafts-Assekuranz europaweit 140 Mitarbeiter, darunter Betriebswirte, Juristen und Versicherungskaufleute. Das vereinfacht die Beobachtung eines ständig wachsenden Marktes - eine Aufgabe, die Kommunalverwaltungen gar nicht leisten könnten, selbst wenn sie es wollten.

Der Aufwand lohnt sich

Die überregionale und internationale Vernetzung unterstützt überdies die geforderten Ausschreibungen. Versicherungsmakler kennen die besonderen Anforderungen an Policen und können diese branchenkonform ausdrücken. So sparen Kommunen mit Zeit auch Kosten. Im Verein mit dem Spezialisten fällt den Verantwortlichen in den Gemeinden die Auswahl möglicher Anbieter und Policen leichter und wird die Ausschreibung verkürzt. Deren Aufwand ist zwar vielen Beamten lästig, doch er lohnt sich: Durch die geschickte Vorbereitung einer Ausschreibung konnte eine Kleinstadt in Mitteldeutschland die Kosten ihrer Gebäudeversicherung von 54.000 Euro auf 14.000 Euro im Jahr senken; 40.000 Euro sind sicher besser in die Gemeinschaft investiert als in einen teuren Versicherungsvertrag. □

GAB-Altlastensymposium 2005:

Flächenrecycling und Sanierungsverfahren im Fokus

Zu ihrem 7. Altlastensymposium lud die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB mbH) nach Weiden ein. Die GAB als tragende Säule der Altlastenbewältigung in Bayern an der Schnittstelle zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft bot erneut eine facettenreiche Informations- bzw. Kommunikationsplattform für alle Experten und Entscheidungsträger, die mit der Altlastenbearbeitung und dem Flächenrecycling befasst sind.

„Wir brauchen nicht nur innovative, kostengünstige Sanierungstechnologien, sondern auch den Mut zu pragmatischen, vielleicht manchmal unkonventionellen Lösungen“, betonte Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller in ihrem Eingangsstatement. Hier stellte das Altlastensymposium 2005 eine Plattform für Erfahrungsaustausch und Know-how-Transfer dar.

Insgesamt seien in Bayern die Weichen für die Altlastensanierung richtig gestellt: Landkreise und kreisfreie Städte könnten in den Fällen, in denen die Sanierungskosten vom Verursacher oder vom Grundstückseigentümer nicht mehr eingetrieben werden können, finanziell und fachlich von der Gesellschaft zur Altlastensanierung (GAB) unterstützt werden.

Ein wesentlicher Aspekt bei der Altlastenbearbeitung ist nach Müllers Angaben die Folgenutzung sanierter Flächen. Die Verknüpfung von Altlastensanierung und Flächenrecy-

cling könne zu einem wesentlich effektiveren, sparsameren und wirtschaftlicheren Mitteleinsatz führen. Flächenrecycling sei zudem ein wichtiges Instrument, um den Flächenverbrauch zu reduzieren. Es gebe viele gelungene Beispiele, die dies belegen, erklärte die Staatssekretärin. In diesem Zusammenhang nannte sie die ehemalige Porzellanfabrik Furschentreuth in Tirschenreuth sowie die ehemalige Klinkerfabrik Merkel in Waldsassen, deren Gelände jetzt mit einem Einkaufszentrum bebaut sei bzw. als Gewerbegebiet mit Supermarkt genutzt werde.

Konversion militärischer Standorte

Mit der Altlastenthematik bei der Konversion militärischer Standorte in Bayern befasste sich Alexander Zadow vom Bayerischen Umweltministerium. Zadow zufolge zeigt die Erfahrung, dass die Altlastenpro-

blematik bei Konversionsliegenschaften häufig überschätzt wird. Sie sei im Verhältnis zu den strukturellen Auswirkungen eher untergeordnet und in der Regel beherrschbar. Dies liege u. a. an folgenden Tatsachen:

- Für die Altlastenbearbeitung existieren klare bundes- und landesrechtliche Gesetze, Verordnungen und Regelwerke.
 - Erfahrungen in der Altlastenbearbeitung liegen in der Regel bei allen Beteiligten vor.
 - Informationen aus der historischen Nutzung liegen meist gut dokumentiert vor.
 - Untersuchungen und Sanierungen wurden häufig in Eigenverantwortung des Bundes bereits vorgenommen.
 - Maßnahmekosten sind nach ausreichenden Voruntersuchungen gut kalkulierbar.
- Zadow rief dazu, bei Kaufinteresse der Kommune die nach Bodenschutzrecht zuständigen Behörden frühzeitig einzubinden. Diese müssten die Altlastensituation bewerten und ggf.

Landkreis Mühldorf a. Inn:

Genossenschaftsbanken stärken Wirtschaftsraum

Auf Einladung von Landrat Georg Huber (Mühldorf a. Inn) und den Bürgermeistern Günter Knoblauch (Mühldorf) und Ottmar Wimmer (Ampling) trafen sich die Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzenden der Volks- und Raiffeisenbanken im Landratsamt, um die Zukunft des Bankensektors im Landkreis zu erörtern.

Anlass der Gesprächsrunde waren Meldungen, wonach derzeit Fusionsverhandlungen von Genossenschaftsbanken aus dem Landkreis mit externen Partnern geführt würden. Dies hätte zur Folge, dass die jeweilige Hauptgeschäftsstelle außerhalb des Landkreises verlagert würde.

Nachdenklicher Landrat

In seinem einleitenden Statement ging Landrat Huber auf die Bedeutung der Genossenschaftsbanken für die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen und auf die Relevanz für die Unternehmensfinanzierung vor allem kleinerer und mittlerer Betriebe ein. „Wenn es jeweils das Ergebnis der Fusionen ist, dass der Sitz der Geschäftsstelle außerhalb des Landkreises liegt und damit die wichtigen Entscheidungen der Unternehmensfinanzierung nicht mehr am Ort des Unternehmensitzes in unmittelbarer Nähe oder zumindest im Landkreis erfolgen, dann stimmt mich das schon nachdenklich“, betonte der Landkreischef.

Er nahm Bezug auf den vor wenigen Jahren erfolgten Zusammenschluss der Raiffeisenbank Waldkraiburg mit Alttötting. Auch hier wurde der Sitz der Geschäftsstelle und damit der Vorstände nach Alttötting verlegt. Huber betonte es als ein erstrebenswertes Ziel, dass neben den Kreissparkassen auch die Genossenschaftsbanken „in der Fläche bleiben“ und somit im ländlich geprägten Landkreis Finanzdienstleistungen auch in den kleineren Gemeinden künftig angeboten würden.

Bürgermeister Ottmar Wimmer forderte die Anwesenden auf, sich über landkreiseinterne Lösungen Gedanken zu machen. Er wies darauf hin, dass in den kommenden Jahren der Kooperationsdruck auch auf die Genossenschaftsbanken stark ansteigen werde. Nur eine eigenkapital-

-unter Berücksichtigung der Bearbeitungsriorität - selbst unterstützen bzw. weitere Maßnahmen (Detailuntersuchung/Sanierung) fordern. Grundsätzlich gelte wie beim Gebrauchtwarenkauf: „Vorsicht vor billigen Schnäppchen, die eventuelle Folgekosten nach sich ziehen!“

Überschätzung des Risikos

Laut Götz Heckmann und Thomas Osberghaus, Dr. Eisele Ingenieurgesellschaft GmbH, Nürnberg, ist die oft vorliegen-



Emilia Müller.

de Übersetzung des Altlastenrisikos eine der herausragenden Hemmnisse des

Flächenrecyclings, da das in einer Fläche erkannte Wertschöpfungspotenzial aus der Risikoabschätzung resultiert. Bei den Projektentwicklern sei somit der unternehmerische Mut, es zu versuchen, zu fordern. Zudem, kontaminierte Flächen anzugehen, da die Risiken im Vorfeld der Projektentwicklung hinreichend genau bestimmt werden können. Die Projektentwicklung auf problematischen Flächen könnte auch behördlichseits unterstützt werden, wenn die Ansprüche der Verwaltung auf einen erträglichen Niveau bleiben. Flexibilität, Kompromissbereitschaft und der Wille miteinander zu kommunizieren seien Grundvoraussetzungen für alle an einem Revitalisierungsprojekt Beteiligten.

Reaktive Wände

Ein innovatives Sanierungsverfahren, die sog. reaktiven Wände, stellen Jörg Weindl und Dr. Michael Kock, bfm GmbH, Augsburg, vor. Seit den frühen 70er Jahren wurde die Technologie der passiven Reinigungswände als Alternative zu Pump- und Treat-Systemen für die Sanierung und Sicherung kontaminierter Grundwasserleiter entwickelt. Grundidee ist dabei, verunreinigte Grundwasserströme nicht mehr mittels Pum-

pen über Reinigungsanlagen zu fördern, sondern die Reinigungseinheiten in den Grundwasserleiter einzubauen und diese inhaltlich gefüllt oder wirtschaftlich nicht darstellbar ist und deren Schadstoffinventar langfristige Schadstoffabgaben erwarten lässt.

Funnel-and-Gate-Systeme

Sicherlich, so die beiden Referenten, sei der Einsatzbereich von Funnel-and-Gate-Systemen begrenzt auf komplexe Altlasten, bei denen eine Sanierung durch vollständige Entfernung der Schadstoffe technisch oder wirtschaftlich nicht darstellbar ist und deren Schadstoffinventar langfristige Schadstoffabgaben erwarten lässt.

Geeignete geologische Strukturen und entsprechende technische Auslegung vorausgesetzt, erlauben Funnel-and-Gate-Systeme über Jahrzehnte eine hoch effiziente Sicherung und Reinigung schadstoffbelasteter Grundwasserleiter. Der geringe Einsatz und Unterhalt können gegenüber konventionellen Grundwasserreinigungsanlagen nahezu vernachlässigt werden. Allerdings hätten die bisherigen Erfahrungen gezeigt, dass eine aufwendige Modellierung der hydrogeologischen Gegebenheiten Grundvoraussetzung für ein einwandfreies Funktionieren ist. **DK**

Bayerische Staatsforsten feierte Gründung

Das Unternehmen Bayerische Staatsforsten feierte mit einem Festakt und zahlreichen Ehrengästen seine Gründung. Die Bayerische Staatsforsten übernahm somit die Verantwortung für rund 800.000 Hektar Bayerischen Staatswald.

Der Vorstandsvorsitzende Dr. Rudolf Freidinger sieht große Potentiale für die Bayerische Staatsforsten. Die vorausschauende, gut gepflegten Staatswälder und die Motivation und Kompetenz seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für ihn die Basis des Unternehmenserfolgs. „Wir können und wollen europäischer Marktführer werden in naturnaher Forstwirtschaft.“

Als Aufsichtsratsvorsitzender sprach Forstminister Josef Müller. Vorstand und Beschäftigten der Bayerischen Staatsforsten sein Vertrauen aus. Der Leitsatz: „Nachhaltig Wirtschaften“ entspreche Berufsethos und Selbstverständnis der Beschäftigten.

Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, Helmut Brandstätter, Vorsitzender des Bayerischen Waldbesitzerverbands, Marian Freiherr v. Gravenreuth, wünschten dem neuen Unternehmen Glück und Erfolg. **□**

Mit Regiogeld gegen die Wirtschaftskrise

Anhalt Dessau AG: Mobilisierung der regionalen Kräfte als Wachstumsmotor

Mit Tauschgeschäften im Stil der sogenannten Barter-Ringe oder der Einführung von Regiogeld soll der anhaltenden Wirtschaftskrise in strukturalternativen Strukturen und Gemeinden zu Leibe gerückt und das Geld in den Regionen gehalten werden. In der Region Anhalt engagiert sich etwa die Anhalt Dessau AG <http://www.dessau-ag.de> für die Belebung der Wirtschaft und die Mobilisierung regionaler Kräfte.

„Mit unserem Barter-Ring haben wir vor ein paar Wochen begonnen“, erklärte Rolf Walther, Aufsichtsratsvorsitzender der Anhalt Dessau AG gegenüber pressetext. Bisher haben sich laut Walther zwölf Unternehmen zur Teilnahme entschlossen. Weitere sollen folgen. Kooperationen gibt es bereits mit ähnlichen Barter-Ringen in österreichischen Garz, in Belgien sowie in Leipzig.

„Die regionale Verrechnungs-wirtschaft bringt spürbare ökonomische Effekte“, sagte Walther. Die Idee sei durchaus beispielhaft auch für andere ostdeutsche Klein- und Mittelstädte. Neben dem Tauschhandel in regionalen Regiogeld und eine Regional-Card die Wirtschaft weiter anbeleben. Nach der erfolgreichen Einrichtung des Barter-Rings will die Anhalt Dessau AG, möglichst in Zusammenarbeit mit regionalen Banken, eine Regional-Card herausbringen.

Mit der Einführung der Karte, die zum einen als normale Bankkarte und zum anderen als eine Art Regiogeld fungieren soll, rechnen die Anhalt Dessau AG und die Projekte wie Dessau mit dem Vorhaben als Regionalkarte, Barter-Ring und Regiogeld auf diesem Gebiet Vorreiter in Europa. Laut eines von der Kreispartei se Delitzsch in Auftrag gegebenen Gutachtens ist die Einführung von regionalem Geld in Deutschland möglich und ökonomisch sinnvoll. Auch die sächsische Nachbarregion könnte in Kürze mit einem ähnlichen Projekt durchstarten. Konkurrenz fürchtet Walther aber nicht. Konkurrenz belebe das Geschäft, so Walther. Außerdem könnten Kooperationen gebildet werden. **□**

Abfallwirtschaft im Landkreis Lahnstadt:

Geordnete Finanzen, weitsichtige Planung

Die Abfallwirtschaft des Landkreises Lahnstadt ist laut Landrat Josef Eppender in jeder Hinsicht wohlgeordnet: Finanziell steht sie nach Maßnahmen, die kurz nach seinem Amtsantritt getroffen wurden, auf solidem Fundament und organisatorisch ist die Weichen in Richtung langfristige Entsorgungssicherheit gestellt.

Vor den anwesenden Abfallsachbearbeitern aus vielen Teilen des Landkreises erinnerte der Landrat daran, dass sich im Abfallwirtschafts-Haushalt im Jahr 2002 eine Finanzkücke von 1,2 Millionen Euro geöffnet habe. Rasch und entschlossen habe der Landkreis unter seiner Ägide wieder einen Erfolgskurs eingeschlagen. Mit einem Bündel von Maßnahmen habe man erneut geordnete finanzielle Verhältnisse herbeigeführt - und das ohne größere Belastungen für die Bürger und ohne den gewohnten hohen Standard der Müllentsorgung im Landkreis zu senken.

Rekultivierung im Visier

Wie erfolgreich man damit gemein sein, machte ein Blick auf den Jahresabschluss 2004 deutlich, führte Eppender aus: Die Abfallwirtschaft habe mit einem Plus von 409.000 Euro abgeschlossen - und das bei einem Gesamt-Haushalt der Abfallwirtschaft im Landkreis von rund zehn Millionen Euro. Auf dieser Grundlage könne man bei reits jetzt Vorsorge für eine große Aufgabe treffen, die in den nächsten Jahren anstehe und mit vier bis fünf Millionen Euro zu Buche schlagen werde: In diesem Jahr lege man erstmals 250.000 Euro für die Rekultivierung eines großen Areals auf dem rund 13 Hektar großen Gelände der Reststoff-Deponie Spitzberg zurück.

Vor dem Hintergrund des 20-jährigen Bestehens der Reststoff-Deponie Spitzberg unterstrich Eppender, dass „bei uns im Landkreis auch auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft vorausschauend gearbeitet wird“. Diese Aussage werde besonders auch durch die im Juli 2004 getroffene Entscheidung unterstrichen, dem Zweckverband Müllver-

wertung Schwandorf (ZMS) beizutreten, um auch in der Zeit nach Schließung der Lahnstadter Müllverbrennungs-Anlage (MVA), also nach Juli 2006, langfristige größtmögliche Entsorgungssicherheit zu haben.

Der ZMS, dem bislang bereits 15 Gebietskörperschaften zwischen Straubing und Hof mit zusammen 1,645 Millionen Bürgern angehören, werde dem Landkreis aus dem Landkreis und der Stadt Lahnstadt zu einem praktisch konkurrenzlosen Preis verlieren - wenn die MVA Land am morgen geschlossen werden müsste, hätte man einen Verbrennungspreis von etwa 100 Euro pro Gewichtstonne Müll, machte der Landrat eine Modellrechnung auf, bei der MVA Lahnstadt sich es derzeit rund 130 Euro pro Tonne.

Müllgebühren bleiben voraussichtlich stabil

Aus ökologischen Gründen werde der Müll von Anfang an per Bahn von der Umladestation aus, die im Industriegebiet von Würth gebaut wird, nach Schwandorf transportiert, was teurer sei, als den Müll mit Lastkraftwagen auf der Straße zu befördern: Aber dies nehme man im Sinne einer nachhaltigen Handlungsweise in Kauf. Landrat Eppender resümierte vor diesem Hintergrund, man könne davon ausgehen, dass die Müllgebühren in den nächsten Jahren stabil bleiben, wenn nicht gesetzliche Vorgaben aus Berlin oder Braunschweig die Rahmenbedingungen erheblich verändern.

Gemeinsam erörtern die Mitarbeiter des Sachgebiets Abfallwirtschaft und die Experten aus den Gemeinden Fragen aus ihrer Tätigkeit im Rahmen der Abfallwirtschaft des Landkreises. Anschließend fuhr man ge-

meinsam nach Schrobenehausen zu der Firma Leipsa, die Altpapier verarbeitet - zu neuem Papier, zu Karton, zu mit Folien verbundenem Karton sowie zu Spezialpapieren, zum Beispiel zu farbigen Verpackungen für Feuerwerkskörper.

Produktionsvorgänge

Für die Teilnehmer aus dem Landkreis Lahnstadt war es hochinteressant, die Produktionsvorgänge in der Firma zu sehen, in der Europas größte Maschine zur Herstellung von Graukarton steht (Baujahr: 1913) und in der auch ein Großteil der

Landkreis Rosenheim:

Solide Abfallwirtschaft

Bei der Vorstellung des aktuellen Abfallwirtschaftsberichts des Landkreises Rosenheim betonte Landrat Dr. Max Gimpl, dass die Gebührensätze in der kommunalen Abfallwirtschaft auch im zehnten Jahr unverändert beibehalten werden können. Auch in Zukunft werde es keine Erhöhung der Müllgebühren im Landkreis geben.

Im Vergleich mit anderen Landkreisen sind diese ohnehin bayernweit konkurrenzlos um 10 bis 30 Prozent niedriger.



Dr. Max Gimpl.

Obwohl die Einwohnerzahlen steigen, sinkt im Kreis Rosenheim die Menge des Restmülls, wie Regierungsdirektor Robert Bauer erklärte. Die Gesamt-Restmüllmenge habe von 2003 auf 2004 um 1.683 Tonnen, sprich 3,35 Prozent abgenommen. Keine Auffälligkeit sieht

rund 10.000 Tonnen Altpapier aus dem Landkreis wieder zu Gebrauchsgüter verarbeitet wird. Über die Firmen Wittmann (Geisenhausen), Roglietti (Altdorf) und Koslow (Lahnstadt) gelang das Altpapier aus dem Landkreis Lahnstadt nach Schrobenehausen.

Altpapier wirft Gewinn ab

Besonders erfreulich war es für die Abfallwirtschafts-Experten zu erfahren, dass das in den Papiermüll landkreisweit gesammelte Altpapier aufgrund des derzeit hohen Papierpreises einen nicht unbedeutenden Gewinn abwirft. So belief sich der Gewinn im Jahr 2004 auf knapp 270.000 Euro. Diese Summe fließt voll in den Haushalt der Abfallwirtschaft und wird somit angeschuldet an die Gebührentzahler, also die Bürger weitergegeben, um die Abfallgebühren niedrig und stabil zu halten. **DK**

Geld sparen statt Rohstoffe verbrennen

Ab 1. Juni 2005 - das erwarten viele Experten - werden die Entsorgungskosten für Abfälle massiv steigen. Denn die dann in Kraft tretende TA Siedlungsabfall beinhaltet ein Verbot der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle. Für alte Kunststoffenster heißt das: verbrennen oder recyceln. Der erste Weg ist teuer. Das Recyceln aber ist sinnvoll. Ökonomisch und ökologisch!

Die „Technische Anleitung zur Verwertung, Behandlung und sonstigen Entsorgung von Siedlungsabfällen“ - kurz TA Siedlungsabfall - in Verbindung mit der Abfallabgabungs- und der Gewerbeabfallverordnung beinhaltet für Abfallerzeuger einige neue Vorschriften - darunter das Verbot der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle. So dürfen auch Bauabfälle nicht mehr unbehandelt auf Deponien abgelagert werden. Für alte Fenster, Türen oder Rollläden aus PVC, die im Rahmen vieler Modernisierungs- oder Abruchmaßnahmen anfallen, heißen die Alternativen danach: verbrennen oder recyceln. Dabei ist die Wiederverwertung die sowohl ökologisch wie ökonomisch sinnvollere Möglichkeit. Denn Kunststoffen überzeugen nicht nur während ihres Einsatzes mit Eigenschaften wie Langlebigkeit, Robustheit und Sicherheit, sie sind auch nahezu vollständig wiederverwertbar. Aus ihnen lässt sich wieder so reines PVC gewinnen. Und das ohne Qualitätsverluste. Dafür sorgen das Recycling-Know-how der deutschen Kunststoffprofilehersteller, ein bundesweit organisiertes Sammelsystem und der Service der Rewindo.

In der Rewindo haben sich die führenden deutschen Kunststoffprofilehersteller zusammengeschlossen, um Fensterbetriebe, Entsorgungs- und Abbruchunternehmen über die Möglichkeiten des Fensterrecyclings zu informieren und ihnen aktiv Hilfe bei der Organisation ihrer Entsorgungsmaßnahmen zu bieten. Die jährlich wachsenden Recyclingquoten belegen den Erfolg dieser Aktivitäten, die seit dem 1. Juni noch gefragt sind. **□**

Thermische Abfallbehandlung:

Bayerisches Konzept ist richtungweisend

Seit 1. Juni dürfen Abfälle nicht mehr unbehandelt abgelagert werden. Um neue Risiken und Risiken für das Grundwasser zu vermeiden, müssen biologisch abbaubare Abfälle künftig vorbehandelt werden.

Dafür hat Bayern frühzeitig ausreichend Behandlungskapazitäten in den 16 Müllverbrennungsanlagen geschaffen, betonte Umweltminister Werner Schnappauf in München: „Mit der thermischen Behandlung werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Zum einen verringert sich die zu deponierende Abfallmenge auf ein Zehntel der ursprünglichen Menge; zum anderen wird so viel Strom und Fernwärme erzeugt wie ungerechnet mit 700.000 Tonnen Heizöl. Dies ist auch ein Beitrag zum Klimaschutz, da insbesondere klimaschädliche Methangas aus dem Müll erst gar nicht entstehen kann.“ Dem-

gegenüber habe der Bund mit seinem Schwerpunkt für alternative mechanisch-biologische Behandlungsverfahren aus falsche Pfad gesetzt. Diese Verfahren seien bisher den Nachweis schuldig geblieben, dass sie dauerhaft die gesetzlichen Abgabekriterien einhalten können, so der Minister.

Der Freistaat hat laut Schnappauf den Trend zu wachsenden Abfallbergen frühzeitig gestoppt, auch dank der aktiven Mitarbeit seiner Bürger. Sie entuppen sich als wahre Profis im Müllvermeiden: Produzierte jeder Einzelne 1990 noch jährlich 240 Kilogramm Hausmüll, so sind es heute nur noch 150 Kilogramm. **□**

Von „Ex und Hopp“ zum Stoffstrommanagement

Der byse begrüßt das Inkrafttreten der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASI)/Abfallabgabungsverordnung zum 1. Juni 2005. Die im byse organisierten mittelständischen Recyclingunternehmen haben lange dafür gekämpft, dass effektive politische Rahmenbedingungen die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft fördern. Hiermit wird nicht nur der Begriff „Nachhaltigkeit“ konkret mit Leben erfüllt, sondern es werden verstärkt Sekundärrohstoffe erschlossen, die für die Volkswirtschaft ein unbedingt erforderliches Rohstoffpotential darstellen.

Damit markiert der 1. Juni den strukturellen Übergang von der „Ex und Hopp“-Mentalität zum Management von Stoffen und Stoffströmen. „Von daher sehen wir“, erklärte byse-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Fischer, „in der Umsetzung der TASI eine echte Chance für innovative Unternehmen, weitere Stoffkreisläufe zu schließen“.

Der Mittelstand betrachte sich als Kompetenz-Zentrum für den professionellen Umgang mit Sekundärrohstoffen. „Unsere Unternehmen sind von daher auf die TASI gut vorbereitet“, betont Fischer, der allerdings auch darauf hinweist, dass faire Rahmenbedingungen erforderlich seien, um sicherzustellen, dass es nicht zu großen Wettbewerbsverzerrungen im Markt komme.

Der byse beobachtet mit „großer Sorge“, dass Konzerne, die Müllverbrennungsanlagen betreiben und gleichzeitig in der Erfassung und dem Transport

von Abfällen (Logistik) tätig seien, ihre Marktmacht nutzen, um aggressiv mittelständische Konkurrenten aus dem Markt zu verdrängen. So würden von der mittelständischen Konkurrenz weit überzogene Preise bei der Anlieferung an die Konzern-Müllverbrennungsanlagen verlangt, während die Konzerne gleichzeitig mit Dumpingpreisen die Kunden der mittelständischen Entsorgungsumnehmen herantreiben.

Fischer: „Das bedeutet nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen in den Regionen, sondern führt unweigerlich zu einem massiven Preisanstieg zu Lasten der Verbraucher.“ Von daher müsse gerade in der Übergangsphase die Konzernmacht kontrolliert werden, mittelfristig hält der Verband eine Regulierungs-institution für sinnvoll, die darauf achtet, dass nicht über Quersubventionen unliebsame Konkurrenz „kalt ausgespart“ werden könne. **□**

Bayerwald-Ticket mit NETS-AWARD ausgezeichnet

Das Bayerwald-Ticket ist weiter auf Erfolgskurs. Nicht nur dass sich der Fahrpreis für die Region zunehmender Beliebtheit bei Feriengästen und Einheimischen erfreut, das Bayerwald-Ticket kann sich auch internationalen Vergleich sehen lassen. Landrat Heinz Wölfl und Christina Wübner vom Nationalpark-Verkehrsprojekt am Landratsamt Regen nahmen stellvertretend für die Verkehrsunternehmen DB Regio AG, RBO, Regental Bahnbetriebs GmbH, Verkehrsunternehmen Langenfeld und Wenzl, die das Bayerwald-Ticket ermöglichen, auf der ITB in Berlin den Sonderpreis NETS AWARD in Empfang.

Der NETS AWARD zeichnet innovative Urlaubsangebote aus, die eine Bahnreise beinhalten. Der AWARD wurde von NETS und ECOTRANS, zwei europäischen Netzwerken für nachhaltige Tourismusentwicklung, mit Unterstützung des Österreichischen Lebensministeriums und dem Schweizer Bundesrat für Umwelt, Wald und Landschaft (BBWL) erstmals ausgelobt.

Kategorien

Den AWARD gab es in den Kategorien Berg, See, Schilfgebiete, Land, Sonne-Strand-Meer. Für das Bayerwald-Ticket gab es einen Sonderpreis, weil hier vorbildliche Mobilität in der Urlaubsregion wird. Kulturland, der Waldbahn, Wander-, Rad- und Loipentourenvorschläge

mit ÖPNV-Anschluss und die gute Zusammenarbeit mit den Leistungsträgern im Tourismus waren entscheidend für die Auszeichnung.

Qualitätsmerkmal

Bei der Preisverleihung durch Eugenio Yunis von der World Tourism Organisation (WTO) im Rahmen eines Empfangs im ICC wurde deutlich, dass ein leistungsfähiges ÖPNV-Angebot für Tourismusregionen zunehmend zum Qualitätsmerkmal wird.

Beste Voraussetzungen

Mit dem Bayerwald-Ticket, dem Nationalpark und Naturpark sowie in Verbindung mit der Vergnügungs- und Wellnessregion, wie sie die Bayerwald Marketing GmbH fördert, hat die Region

beste Voraussetzungen, sich im Bereich des nachhaltigen Tourismus zu profilieren.

Erfreuliche Bestätigung

Die Auszeichnung mit dem NETS AWARD ist eine erfreuliche Bestätigung in der Arbeit und dem Bestreben um die kontinuierliche Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebots

Landkreis Schweinfurt:

Erfolgreiche Gesundheitstage

Gesund alt werden - das will jeder. Gesundheit als einen wesentlichen Bestandteil des alltäglichen Lebens zu verstehen, war das Anliegen der Organisatoren der Gerolzhof Gesundheitsstage. Unzählige Besucher besuchten die Ausstellung, Vorträge und Workshops.

Das Potential des Gesundheitswesens im südlichen Landkreis wurde eindrucksvoll unter Beweis gestellt, betonen Landrat Harald Leithner und Bürgermeister Hartmut Bräuer. 45 Aussteller präsentieren sich in der Steigerwaldstadt, zusätzlich wurde das Programm durch über 50 Vorträge und Workshops ergänzt.

„Gesundheitsvorsorge ist eine unserer wichtigsten Aufgaben“, sagte Dr. Werner Anholdt, Leiter des Gesundheitsamtes Schweinfurt, das diese Veranstaltung mitorganisiert hat. Die Gesundheitstage haben deutlich gemacht, „dass es Spaß macht, gesund zu leben“.

Zu seiner eigenen Überraschung gewann Landrat Leithner dann am Sonntagmittag seine Wette gegen Bürgermeister Bräuer: „Nur“ 406 Besucher kamen auf „Reifen, Rollen, Rädern“ zur Stadthalle. 500 wären nötig gewesen, damit Bräuer die Wette gewonnen hätte. Jetzt muss das Stadtoberhaupt seinen Wetteinsatz einlösen. Gerolzhofen Weinfröhen wird am Mittwochabend den Nachwächter mimen und dem geselligen Treiben ein Ende setzen.

Getrennte Sammlung als „Ethik Schnäppchen“

Zur Erweiterung der Diskussion über enge Fachkreise hinaus veranstaltete die Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft, DGAW e.V. den Workshop „Ethik in der Abfallwirtschaft“ im Zusammenhang mit dem Evangelischen Kirchentag.

Werner Schenkel, der Ehrenvorsitzende der DGAW e.V. führte in das Thema ein, welches sich der DGAW-Vorstand als eines von vier Arbeitsschwerpunkten für die laufende Legislaturperiode ausgewählt hat. Nach Beobachtungen der DGAW, kann man drei Gruppen definieren, die Lebensstil und Umweltverhalten um gesonderte Verhaltensnormen oder Handlungsregeln ringen. Es sind dies: 1. Das Verhalten von Einzelpersonen bei der Nutzung von Infrastruktur, die von der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird. 2. Das Verhalten von Personen, die in großem Umfang für Innovationen und Investitionen verantwortlich sind. 3. Das Verhalten des Einzelnen, sein Lebensstil und Abfallentstehung und -zusammensetzung wesentlich beeinflussen.

Bei der dritten Gruppe geht es um die Frage, was die Einzelne tun kann, um sich richtig zu verhalten und ob die Gruppe dies toleriert. Günther Bachmann vom Rat für Nachhaltige Entwicklung erläuterte „Werte in der Abfallwirtschaft“ und stellte das Verhältnis zwischen Ethik und dem Motto des Kirchentags „Wenn Dein Kind Dich heute fragt...“.

Er hinterfragte die Trennung in noch mehr zusätzliche Fraktionen als möglich wäre. Ethik-Schnäppchen ist eine einfache Art und Weise ist hier Wohlverhalten möglich; in Bereichen, wo es aufwändiger wäre, glaubt man darauf verzichten zu können. Gerhard Moninger, Umweltbeauftragter des Ev. Kirchens Bayern stellte das Verhältnis des Bürgers zu Abfall und Umwelt am eigenen Beispiel dar und machte deutlich, dass Abfallvermeidung

in der Nationalpark-Region. Im Austausch mit den anderen Preisträgern konnten viele Anregungen gesammelt werden, wie das Thema nachhaltige Mobilität in Urlaubsangeboten stärker berücksichtigt werden kann.

Urlaub vom Auto

Aufgrund seiner einfachen Tarifstruktur bietet das Bayerwald-Ticket sehr gute Voraussetzungen, die öffentlichen Verkehrsleistungen in touristische Angebote einzubinden und so den Gästen ohne Mobilitätsbeschränkungen - Urlaub vom Auto zu bieten.



EuRegio-Präsident Dr. Emerich Riesner (r.) und Vizepräsident Hermann Steinmaß würdigen gemeinsam mit Salzburger Landeshauptrauf Mag. Gabi Burgstaller zehn Jahre Erfolgs Geschichte „EuRegio“. Foto: LPB/Neumayr

Das Halbkreisdenken überwinden!

Zehnjähriges Gründungsjubiläum EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein

Dr. Emerich Riesner, Bürgermeister der Stadtgemeinde Neumarkt am Wallersee, tritt die Nachfolge von Traunsteins Landrat Hermann Steinmaß als Präsident der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein an.

Die EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein wurde am 22. Mai 1995 als freiwilliger Zusammenschluss auf kommunaler Ebene gegründet. Mittlerweile gehören der EuRegio 94 Gemeinden, zwei Landkreise, die Wirtschaftskammer und die Arbeiterkammer Salzburg sowie einige Privatpersonen als Mitglieder an. Ziel und Aufgabe der EuRegio ist es, das Halbkreisdenken abzubauen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen voranzubringen.

Dass dies effizient und ausdrücklich als keine neue Verwaltungsebene über die gemeinsamen in Freilassung eingerichtete Geschäftsstelle als Motor und Koordinationsplattform funktioniert, das wurde kürzlich bei der Festveranstaltung anlässlich des zehnjährigen Gründungsjubiläums in der Halleiner Salzberg halle deutlich.

Die fünf bisherigen Präsidenten und Vizepräsidenten der EuRegio Landrat a.D. Martin Seidl (Berchtesgadener Land), Seelhamms Bürgermeister Matthias Hemesberger, Landrat a.D. Jakob Strobl (Traunstein), Oberndorfs Bürgermeister a.D. Andreas Kinzl und Traunsteins Landrat Hermann Steinmaß blickten zufriden auf die unkomplezierte Gründung und auf zehn Jahre erfolgreiche Arbeit zurück.

Viele realisierte Projekte wie z.B. die euRegionale Berufsinformationsmesse in Salzburg, die zentrenverbundene Eilbuslinie Salzburg-Freilassing, touristische Aktivitäten in der Ferienregion Urlaub auf dem Bauernhof und Radurlaub, das erfolgreiche EuRegio-Kartenset mit einer Auflage von weit über einer Million Stück, Musikschulfeste, Unternehmensbesuche, der grenzüberschreitende Verkehrsverbund oder die Datenbank für Klein- und Flurdenkmäler wurden angeschlossen und verdeutlichen die große Bandbreite der Aktivitäten in der EuRegio.

Einen guten Überblick über die Aktivitäten der EuRegio über die zum Jubiläum herausgegebene Festbroschüre, die im Internet auf der EuRegio-Seite www.eu-regio.org.at unter „Allgemeine Informationen“ in den Publikationen angesehen werden kann.

Diese Erfolge hatten in ihren Grußworten einleitend schon der bayerische Europa-Minister Eberhard Sinner, der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der Europäischen Grenzregionen Jens Gabbé und der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommiss-

sion in Österreich Karl-Georg Douthik hervorgehoben. Auch Salzburger Landeshauptrauf Gabi Burgstaller würdigte die zielorientierte und erfolgreiche Arbeit der EuRegio in ihrem Festvortrag und kündigte an, dass sich das Land Salzburg zukünftig noch stärker in der EuRegio engagieren werde. Die soll insbesondere mindestens einmal pro Jahr durch ein Treffen auf höchster politischer Ebene in der EuRegio geschehen.

Zum neuen Präsidenten der EuRegio wurde der Bürgermeister der Salzburger Stadtgemeinde Neumarkt am Wallersee, Dr. Emerich Riesner, gewählt. Entsprechend der Vereinbarung, dass die Präsidentschaft alle vier Jahre zwischen der bayerischen und der Salzburger Seite wechselt, tritt Riesner damit die Nachfolge des bisherigen Präsidenten und Landrats des Landkreises Traunstein Hermann Steinmaß an. Steinmaß wurde in das Amt des Vizepräsidenten gewählt.

Riesner betonte nach der Wahl die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für das Zusammenwachsen Europas von unten. Die Erfolge in der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein seien in dieser Hinsicht sehr überzeugend, so Riesner, und er hoffe, darin weiter anknüpfen zu können.

Von besonderer Bedeutung für ihn sind dabei die wichtigen Verkehrsforderungen wie die Magistrale für Europa oder eine neue salzachquende Straßenverbindung zwischen Laufen und Salzburg. Der Bildungsbereich mit Projekten wie der EuRegio-Berufsinformationsmesse und der wirtschaftliche Bereich, wo es insbesondere auch um die Positionierung und Wahrnehmung der gemeinsamen Region als attraktiver Standort geht.

Bürgermeisterwahlen am untermain

In drei Gemeinden des Kreises Aschaffenburg konnten die Wähler ihre Bürgermeister neu bestimmen. In Karlstein tritt der CSU-Politiker Bruder die Nachfolge des am Alterspräsidenten amtierenden Amtsinhabers Winter/CSU an. Auf Bruder entfielen 76 Prozent der Stimmen. In Kahl wurde SPD-Politiker Seitz im Amt bestätigt. Er erhielt 75,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ebenfalls im Amt bleibt Aschaffener Bürgermeister Schawwies/CSU. Er wurde mit 79,8 Prozent der Stimmen wieder gewählt. DK

Landbell erobert die Hauptstadt

Mainzer Entsorgungsspezialist erweitert Wirkungskreis auf 30 Prozent aller Verpackungen mit dem „Grünen Punkt“

Der Expansionskurs quer durch Deutschland gewinnt an Tempo: Nach Hessen, Hamburg, Bayern und dem Saarland hat die Mainzer Landbell AG jetzt auch in Berlin den Feststellungsbescheid als Duales System für die Entsorgung von Verkaufsverpackungen mit dem „Grünen Punkt“ erhalten.

Die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat mit der offiziellen Verkündung im Amtsblatt den Weg für die DSD-Konferenz in der Hauptstadt frei gemacht. Für Landbell erhöht sich das mögliche Marktvolumen um 4 Prozentpunkte auf nunmehr rund 30 Prozent der gesamten Menge an Verkaufsverpackungen in Deutschland.

Mit der Zulassung im fünften Bundesland und einem Marktanteil von bislang über elf Prozent ist Landbell nicht nur der erste, sondern auch der erfolgreichste Wettbewerber flächendeckender Rücknahme-Systeme in Deutschland.

„Die Feststellung in der Hauptstadt ist für uns ein wichtiges Meilenstein. In den letzten Jahren sind wir in den letzten Quartalen, in dem wir erstmals die 11-Prozent-Marke überschritten haben, und dem Zugewinn von Berlin arbeiten wir jetzt schon an den nächsten Zulassungen“, so Wolfgang Schertz, Vorstandsvorsitzender der Landbell AG. „Damit ist und bleibt Landbell der erste und der schärfste Wettbe-

Aktion „Grüne Lobkarte“

Die Aktion „Grüne Lobkarte“ war im Landkreis Günzburg wieder ein voller Erfolg. Insgesamt wurden 1.687 Lobkarten an den Kreisabfallwirtschaftsbetrieb zurück gesandt, um an der Verlosung teil zu nehmen. Mitte April wurden durch die Müllwerker grüne Zettel in diejenigen Biotonnen geklebt, bei denen mit dem elektronischen Störstoffdetektor keine Fremdstoffe zu erkennen waren. Dies hat bedeutet, dass die Biotonne ordnungsgemäß befüllt war; hierfür erhielten Sie eine „Grüne Lobkarte“. Diese konnten eingedatet werden und nahmen an einer Verlosung teil. Mitte April waren es in einem Jahr ein halbes Jahr und vier Viertel Jahr kostenlose Benutzung der Biotonne. Dieses Mal wurden auch ein vierter und ein fünfter Preis vergeben. Der vierte Preis war ein Picknick-Set, der fünfte ein Handtuch-Set.

Hans Joas

Erinnerung an schicksalsschwere Zeiten

Erstmalige Dokumentation des Bezirkes Schwaben über Kriegsende und Nachkriegszeit zwischen Ries, Augsburg und Allgäu

Höchstädt (jdt). Als ein „historisches Ereignis“ bezeichnete Bezirkspräsident Jürgen Reichert die vom Bezirk Schwaben im Schloss Höchstädt organisierte große Sonderausstellung über das Kriegsende und die Nachkriegszeit 1945 im Regierungsbezirk Schwaben. In der vielseitigen und erstmaligen Dokumentation wird, wie Reichert verdeutlicht, die ganze Dramatik der Zeit vor sechs Jahrzehnten wieder lebendig in zahlreichen Dokumenten, Fotos und u. a. Zeitzeugenberichten. Geöffnet ist die Sonderschau bis 31. Juli, täglich von 9 bis 18 Uhr, außer am Montag.

Ein besonderer Dank von Bezirkspräsident Reichert geht dem Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl für seinen großen Einsatz zu dem bedeutsamen Beitrag zur Gedenkliturgie, mit vielfältigen Aussagen zur Lokal- und Regionalgeschichte. Bei der Gestaltung der Ausstellung habe der Bezirk Schwaben in wirtschaftlich schwierigen Zeiten „äußerste Sparsamkeit“ angeordnet, betonte Reichert. Deswegen ungeachtet kam eine Sonderschau zustande, die als außerordentlich eingestuft wird.

Augsburg: 20 Luftangriffe

Veranschaulicht sind die verheerenden Folgen des Krieges über den Zusammenbruch des 3. Reiches im Jahr 1945 hinaus, so die noch lange Jahre sichtbaren Zerstörungen durch Luftangriffe, Tod und Trauer in den Familien, die Schreckensherrschaft der NS-Diktatur, der Einmarsch der US-Truppen und der Franzosen in Schwaben und letzte Kampfhandlungen. Hinzu kommen die Sorgen um Gefangene, Vermisste, Verwundete, Waisenkinder, Verschleppte und die Unterbringung von Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen.

Dr. Fassl sicherte sich die Mitwirkung von Archiven, Museen, Heimatpflegern, Ortschronisten, Kommunen, Klöstern und Privatleuten. Manches wird erstmals der Öffentlichkeit gezeigt.

Lange blieb Schwaben vom Luftkrieg verschont. Dann aber wurde die Stadt Augsburg das Ziel von nicht weniger als 20 Luftangriffen. Zu deren Schreckensbilanz gehören 1499 Tote, tausende Verletzte, zehntausende Ausgebombte, 12 434 total zerstörte und rund 32 000 beschädigte Wohnungen. Es gab eine Massenflucht hinaus auf das Land.

Am schwersten getroffen wurde Augsburg von den Bombenangriffen am 25./26. Februar 1944 (mit allein 730 Toten und etwa 80 000 Obdachlosen) und am 15./Januar und 27. Februar 1945. Zerstört wurden u. a. 16

Kirchen, das Rathaus und das Weberhaus. In der Ausstellung im Schloss Höchstädt sind in den 185 Seiten starken und reich bebilderten Begleitbuch von Peter Fassl ist „Augsburg nach den Luftangriffen – der Blick in Farbe“ ein ganz eigener Abschnitt gewidmet. Gezeigt werden auch Farbfotos, die ein Unbekannter trotz des ausdrücklichen Verbotes fertigte und dabei Kopf und Kragen riskierte. Der Fotograf ist bis heute unbekannt, ebenso wie die hervorragenden Farbaufnahmen in den Besitz des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege kamen. Der Öffentlichkeit zugänglich sind jetzt zum ersten Male.

Zeitzeugenberichte

Im Jahr 1945, vor Kriegsende, häuften sich die Luftangriffe auf Ziele in Schwaben. Zu den am schwersten heimgesuchten Städten in Deutschland zählte der Verkehrsknotenpunkt „Donauwörth am 11. und 19. April 1945, mit 277 Toten und dem Verlust von 74 Prozent des Wohnungsbestandes. Kurz vor Kriegsende waren auch stark betroffene Oettingen (über 200 Tote), Memmingen (rund 300 Opfer), Nördlingen, Günzburg, Neu-Ulm, Sontheim und Schwabmünchen.

Zahlreiche Zeitzeugenberichte von Überlebenden der Kämpfe, der Bombenangriffe, der Konzentrationslager und von Flucht und Vertreibung spiegeln die Schreckenszeit vor 60 Jahren. Ganze Familien verloren ihr Leben. Eine Augsburgerin hielt in ihrem Tagebuch fest: „Viele Leute wurden herzerkrankt.“ Im Vorwort zum Ausstellungskatalog stellt Peter Fassl, „ein auf den ersten Blick paradoxes Phänomen“ fest, „Mit dem zunehmenden Abschied der Erlebnisgeneration wachse „das Bedürfnis der Nachgeborenen nach Information über den beispiellosen Zivilisationsbruch mit unvorstellbarer Grausamkeit, der in der Generation der Väter und Großväter stattfand“.



Treffen der Chefsekretärinnen der oberfränkischen Landräte

Landrat Dr. Günther Denzler knüpfte an eine Tradition an und lud die Sekretärinnen seiner oberfränkischen Landratskollegen zu einem Informationsbesuch in das Landratsamt und den Landratsbereich Bamberg. Im interessierten Publikum nahmen die Teilnehmerinnen den Ausführungen des Hausheerrn zum Landratsamt Bamberg und zu den Veränderungen durch den Verwaltungsreformprozess. Besonders beeindruckt zeigten sie sich bei einer kurzen Führung durch das Haus von der Gestaltung des Eingangsbereiches mit Infothek und Kfz-Zulassungsstelle. □

Vorbildliche Dokumentation

Besondere Anerkennung zollt Bezirkspräsident Reichert der vorbildlichen Dokumentation der Bonaventura-Realschule der Dillingen Franziskanerinnen im Rahmen der Ausstellung. SchülerInnen und Schüler der Klassen 6 und 8 stellen nach Gesprächen mit Großeltern und weiteren Verwandten eine Textsammlung mit teilweise erschütternden Geschichten aus der Kriegs- und Nachkriegszeit zu.

Bezirkstag Schwaben:

Beschluss zum Austritt aus dem KAV ausgesetzt

Kloster Irsee (pm). Nach intensiven Auseinandersetzungen im Vorfeld wurde nun bei der jüngsten Sitzung des schwäbischen Bezirkstages auf Antrag der CSU-Fraktion, die vor zwei Monaten das Thema angestoßen hatte, der Beschluss zum Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) ausgesetzt. Es hätten sich neue Erkenntnisse ergeben, begründete Bezirkspräsident Jürgen Reichert den Schritt, darüber hinaus wolle man nun die Auswirkungen der ab 1. Oktober gültigen neuen Tarifvereinbarungen abwarten.

„Die Mitarbeiter haben Verständnis dafür, dass die sich ändernden Rahmenbedingungen im Geschäftsbereich Veränderungen notwendig machen“, so Reichert, „allerdings wollen wir diese nun in einer versicherten Diskussion gemeinsam mit den Beschäftigten, sozialverträglich und mit Lösungen, die sowohl für den Arbeitgeber als auch die Mitarbeiter befriedigend sind, angehen“.

So soll nun ein Gutachten in Auftrag gegeben werden, mit dem geprüft werden soll, welche Einsparungspotentiale durch eine Veränderung der Organisation oder Rechtsform der seit mehr als zehn Jahren als Eigenbetriebe geführten Bezirkskrankenhäuser bestehen könnten. „Uns geht es darum, Veränderungen zukunftsweisend zu gestalten, damit wir unsere Häuser in öffentlicher Trägerschaft sichern können“, erließ CSU-Fraktionsvorsitzender Gebhard Kaiser der Befürchtung aus Reihen der Mitarbeiter, letztendlich würde eine Privatisierung angestrebt, eine klare Absage. „Es kann nicht sein, dass Private sich letztendlich die Rosinen herauspicken“,

Mit sieben Gegenstimmen wurde der Beschlussantrag der CSU-Bezirksratsfraktion angenommen.

Der Antrag im Wortlaut

1. Mit Beschluss des Bezirkstages vom 26.04.2005 zu TOP 3 wurde der Bezirksratspräsident beauftragt, den Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) gem. § 6 Abs. 2 der Satzung des Arbeitgeberverbandes und die Kündigung der Tarifverträge im kommunalen Bereich jeweils zum frühestmöglichen Zeitpunkt (insbesondere gem. § 74 Abs. 1 und 2 BAT, § 5 Anwendungstarifvertrag, § 5 Tarifvertrag über Urlaubsgeld, § 37 Abs. 2 Altersvorsorgetarifvertrag-K) vorsorglich zu erklären. Dieser Beschluss wird vorerst ausgesetzt.

Durch den Beschluss des Verbandes der Bayerischen Bezirke den KAV aufzulösen, die Tarifverträge hinsichtlich der Arbeitszeit zu kündigen, wird es ermöglicht, zu gemeinsamen, kostengünstigeren Tarifvereinbarungen zu kommen. Ferner sind auch die tatsächlichen Auswir-

sammen. Die für die Comenius- und Unesco-Projekte der Schule zuständigen Lehrerinnen Agathe Lehr und Christa Kalthoff-Picar betonten, mit dem „Gespräch über die Generationen“ solle ein besonderer Beitrag zur Völkerverständigung und Friedenssicherung geleistet werden.

Sonntagsvorträge

Begleitet wird die Ausstellung von Sonntagsvorträgen, jeweils um 14.30 Uhr, im Rittersaal des Schlosses Höchstädt (Eintritt frei, Spenden erbeten). Die Heimatpflegerin der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Eva Habel (München), spricht am 17. Juli über „Den Beitrag der Heimatvertriebenen zur Wirtschaft und Kultur in Schwaben“. Dr. Fassl befasst sich am 24. Juli mit dem Kriegsende in Schwaben. □



Viel Anerkennung findet im Schloss Höchstädt die vom Bezirk Schwaben organisierte große Sonderausstellung zu Kriegsende und Nachkriegszeit in Schwaben. Am Ausstellungslak (von rechts): Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl, die Höchstädt Bürgermeisterin Hildegard Wanner, Bezirksratspräsident Jürgen Reichert, der Publizist Hermann Wächter. Bild: jdt-

kommuna Kunden Forum 2005:

Verbindung schafft Erfolg

„Verbindung schaffen – heute für morgen, 10 Jahre kommuna“: Unter diesem Motto stand das kommuna Kunden Forum 2005, bekannt als „Tage der offenen Tür“. Auch heuer war die dreitägige Veranstaltung mit über 400 teilnehmenden Kunden wieder ein voller Erfolg.

Den Schwerpunkt bildeten aktuelle Sachthemen, die hochkarätige Referenten beleuchteten. Heinz Strobl, Leitender Ministerialrat a.D. und Wegbereiter der IMK-Beschlüsse zum NKF, zeigte den Zuhörern die Gründe, Hintergründe und Notwendigkeit der Reform auf. Bürgermeister Hofmeister und sein Kammerherr Miltsch von der Gemeinde Taufkirchen/Vils berichteten aus der Praxis und ihren Erfahrungen bei der Einführung des NKF mit kommuna. Parallel zum Schwerpunktthema NKF am ersten Veranstaltungstag sprach Ulf Brümml von der Bundesdruckerei und berichtete über den aktuellen Stand bei der Einführung der Biometrie in die Reisepässe.

Am zweiten Veranstaltungstag war das Einwohnermeldewesen zentrales Kernthema. Und viele staunten nicht schlecht, als Dr. Eugen Ehmann, Dozent bei der Bayerischen Verwaltungsschule aufzeigte, was die Wirtschaft wirklich braucht und schon heute nutzt. Klaus Echtle, IT-Leiter des „Konzerns Stadt Gengenbach“ in Baden-Württemberg und Matthias Brunner, stellvertretender Leiter des Bürgerbüros der Stadt Hersbruck, berichteten aus der Praxis. Für die Administratoren war durch den Vortrag der Linogate GmbH für Spannung gesorgt. Ein Entwickler zeigte die aktuellen Bedrohungsszenarien und den möglichen technischen Schutz davor auf.

Am dritten Tag standen schließlich Datensicherheit und Datenschutz im Fokus. Udo Hölz, Referent beim Bayerischen Datenschutzausschuss, zeigte den interessierten Zuhörern die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für den IT-Betrieb auf. Stephan Gerthage, Chief Information Security Officer der Audi AG ließ die Besucher über den „Tellerand der Verwaltung“ schauen. Eindrucksvoll präsentierte er dem staunenden Publikum, wie einfach viele Webseiten und die dahinter liegenden Datenbanken „angezapft“ werden können und wie sich ein Konzern wie Audi davor zu schützen versucht.

An allen Tagen war auch das neue Rathaus Service Portal der kommuna ein wichtiges Thema. eGovernment zum Anfassenden wurde gezeigt mit medienbasierten Abläufen, Bezahlplattform und umfassenden Service für Bürger, Wirtschaft und Behörden. „So macht eGovernment endlich Sinn“, meinte dazu ein Bürgermeister, „weil es durch die medienbasierte Integration in die Fachverfahren erhebliche Erleichterungen für die Verwaltung bringt und sich bei dem vorgestellten Preismodell sofort amortisiert.“

DK

Für die Herstellung dieser Zeitung wird



Franken Stadion Nürnberg:

Bewährungsprobe bestanden

(WRA) - Beim FIFA Confederations Cup 2005 hat das für 56 Mio Euro umgebaute Franken-Stadion Nürnberg seine internationale Bewährungsprobe bestanden: Drei Spiele fanden in Nürnberg statt. (Im Bild: Die Mannschaften vor dem Vergleich Argentinien - Australien.) bzw. „hier: während der Begegnung Deutschland - Brasilien“). Seitens der Teams und anderer internationaler Gäste wurde die „friedliche Atmosphäre“ gelobt. FIFA-Präsident Sepp Blatter blieb das Freistaats zu hören: Die Spiele des Confed Cup seien ein „ideales Warmlaufen für die Fußball-Weltmeisterschaft im nächsten Jahr“ gewesen (Kultus-Staatssekretär Karl Freller). „Nach dieser Generalprobe sehen wir der WM mit großer Zuversicht entgegen“ freut sich Al-Bürgermeister und lokaler Organisator Willi Proß auf nächste Jahr.

Bild: Walter Brugger



Tagung der niederbayerischen Landräte in Pfarrkirchen. V. l.: Landrat Alfred Reisinger (Straubing-Bogen), Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger, Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), Landrat Hanns Dorfner (Passau), Landrat Heinrich Trapp (Dingolfing-Landau), Landrätin Bruni Mayer (Rottal-Inn), Dieter Jung, stellvertretender Geschäftsführer des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Hubert Faltnermeier (Kelheim), Landrat Heinz Wölfl (Regen), Landrat Alexander Muthmann (Freising-Grafenau) und Bezirksstagspräsident Manfred Hölzlein.

Foto: pw

Arbeitstagung niederbayerischer und mittelfränkischer Landräte:

Dem Ärger Luft gemacht

Kritik an Agentur für Arbeit sowie den explodierenden Kosten für die Jugendhilfe

Nicht zufrieden waren die niederbayerischen Landräte bei ihrer Arbeitstagung in Pfarrkirchen damit, wie sich die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit in dem im Zuge der Hartz IV-Reform gegründeten Arbeitsgemeinschaften gestaltet. Dagegen beklagten mittelfränkische Städte und Landkreise einen „legalen Missbrauch“ der Jugend- und Sozialhilfe.

Bruni Mayer, Landrätin des Kreises Rottal-Inn, sprach sich sogar dafür aus, die Kooperation aufzukündigen, sollte sich die Arbeitsagentur-Zentrale nicht etwas beweglicher zeigen. Dies sei auch im Interesse der Arbeitslosen.

Problem Tagesgeschäft

Für den Sprecher der Landräte, den Passauer Landrat Hanns Dorfner steht fest: „Hartz IV hätte deutlich funktioniert, viel leicht gar nicht schlechter, wenn die Landkreise nicht in diesem Ausmaß mitgearbeitet hätten.“ Die Gründung der ARGEs, der Arbeitsgemeinschaften aus Landratsämtern und den ehemaligen Arbeitsämtern habe reibungslos geklappt, die Voraussetzungen für eine kompe-

Pure Hillosigkeit

Bei der Kundschaft in den Büros der ARGE habe man es teilweise mit hilflosen, manchmal zum verzweifeln Menschen zu tun. Sie bräuchten kompetente Ansprechpartner und dürfen nicht als Strich in

der Statistik enden. Das Problem liege darin, dass die von den Landkreise-Sozialhilfeverwaltungen in die ARGE abgestellten Mitarbeiter immer schon mit dem Ziel gearbeitet haben, Menschen aus der Sozialhilfe heraus zu bringen, während die Leute aus der Agentur für Arbeit ihre Aufgaben wohl mit dem Erfassen und Auswahl von Leistungen als beendet betrachten.

Frustrierter Mitarbeiter

Die Mitarbeiter, die sie in die ARGE abgestellt hätte, seien, so Bruni Mayer, mittlerweile „maßlos frustriert“. Wenn sich jetzt nicht schnellstens etwas ändere, sehe sie nur noch den Ausweg, die Mitgliedschaft in der ARGE zu kündigen. Darin pflichteten ihr ihre niederbayerischen Kollegen bei. Einig war man sich aber auch, dass die Wirtschaftspolitik endlich auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze hin ausgerichtet

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Faszinierend, was heute so alles technisch machbar ist. Bei uns brechen neue Zeiten an - wir werden Pilotge-meinde.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war schon immer aufgeschlossen für technische Neuerungen, elektronischen Bürgerservice, papierarmes Büro und was es alles gibt. Sein Ideal wäre es, könnte man die Aktenstapel vom Schreibtisch in den Laptop packen und ihn in die Ausschüsse statt in Aktenordnern in einem Data-Stick mitgeben.

Es war für mich keine Überraschung, dass unser Bürgermeister laut „hier“ geschrien hat, als eine Pilotgemeinde in Puncto Bürgerservice und schlanker Verwaltung gesucht wurde. Noch bevor ich die Chance hatte, den durch die direkte Kost auf den Feuerwehrfesten etwas gerundeten Bauch des Chefs gedanklich mit dem Be-

Mobilfunk-Volksbegehren mit Aussicht auf mehr Bürokratie und weniger Bürgerservice

griff „schlanke Verwaltung“ zu einem Kalauer zu verbinden, trommelte er schon das Büro zusammen und erklärte das Vorhaben in Grundzügen: So bekommt das Städtchen ein virtuelles Bürgeramt. Lauter schöne Sachen sollen da ausprobiert werden: Ummeldungen, Kfz-Zulassung, Wechsel der Lohnsteuerklasse, Anträge für den Urlaub. In Zukunft müsste sich, ohne selbst aufs Amt zu gehen, bald könnten die Bürger ihre Hunde online anmelden, die Sperrmüllabholung übers Internet buchen und sogar einen Termin beim Standesamt vereinbaren. Nur zum Heiraten müssen sie noch persönlich erscheinen. Und was das Schönste ist: Dieser bürgerefreundlichen Service kann man nicht nur am PC nutzen, sondern auch per Handy: Mobile solutions nennt man das. Eine gute Sache, denn schließlich haben fast alle ein Handy - aber längst nicht alle einen PC mit Internet.

Nun mag es einige sauerfäulische Kultursimsten geben, denen vor dem Gedanken graust, dass ein Pärchen, das sich per Flirt-SMS kennen gelernt hat, nach ein paar Wochen bei Kerzenschein und Champagner zärtlich zum Handy greift, um einen Termin beim Standesamt festzumachen. Aber der praktische Nutzen ist evident, wenn man kommunale Services

wie Sperrmüllsammelung, mobilen Häcksler oder das Spätmobil für die Vereinsfeier unabhängig von Dienstzeiten und Schalterstunden per Mobiltelefon ordern kann. Informationen über die Stadt, deren Einrichtungen und Veranstaltungen kann man ebenso rund um die Uhr abrufen, wie mit dem Handy am Parkschneidemaschine zahlen - oder das Knöllchen der städtischen Verkehrsüberwachung bezapfen.

Unser Praktikant, ein hartgesottener Technik-Freak, stellte aber die Gretchen-Frage: Ist das Mobilfunk-Netz in der Stadt dafür eng genug geknüpft? Oder muss die Versorgung für die Handynetze noch etwas ausgebaut werden? Und das könnte in Zukunft ein bürokratischer Spießrutenlauf werden, wenn sich eine Initiative durchsetzt, die erreichen will, dass für Mobilfunkanlagen, egal welcher Größe, in Zukunft eine Baugenehmigung erforderlich werden soll. Jede Anlage ist dann ein Tagesordnungspunkt in den Ausschüssen, mit Stellungnahmen, Anhörungen und einem unendlichen Papierkram.

Bisher haben die Mobilfunkunternehmen ihre Pläne an die Kommune geschickt. Dann hat man sich zusammen gesetzt und gemeinsam den optimalen Standort gesucht. Ganz unbürokratisch. Wenn in Zukunft Baugenehmigungen erforderlich sind, dann braucht man sich über den besten Standort keine Gedanken mehr zu machen, denn die Handytreiberei haben wie jeder Bauherr einen Anspruch darauf, dass ihre Anträge genehmigt werden, wenn alle Vorzeichen eingeholt sind. Und das ist ein Problem, denn am Ort Verantwortlichen sind nicht mehr nötig. Und den Bürgerprotest müssen dann die Kommunalpolitiker alleine ausbaden, nachdem endlos Papiere von rechts nach links geschoben wurden.

Meinen Chef hat die Aussicht auf mehr Bürokratie und weniger Bürgerservice traurig. Der Spötter G. B. Shaw, der heute auf dem Kenderblatt steht, dürfte seine Stimmung treffen: „Die Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.“

the jabnual

Gerolzhöfer Gesundheitstage:

Beachtliche Ressourcen

„Gesundheit kauft man nicht im Handel, denn sie liegt im Lebenswandel.“ Der Mediziner Kar Kötschau wusste, worauf es ankommt. Gesundheit ist als ein wesentlicher Bestandteil des alltäglichen Lebens zu verstehen. Daneben ist das Gesundheitsbewusstsein ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor geworden.

Die Gerolzhöfer Gesundheitstage am 25. und 26. Juni 2005 gliederten sich in drei große Bereiche: „Information - Aktivität - und Entspannung“. Zum informativen Teil zählten eine Ausstellung und eine umfangreiche Vortragsreihe. Die Bereiche „Aktivität und Entspannung“ umfassten verschiedene Angebote, wie z.B. Nordic-Walking, Klang im Wasser, Rückenschule usw. Schirmherr der großen Veranstaltung war Landrat Harald Leithner.

Überwältigende Resonanz

Die Organisatoren erfuhren bereits in der frühesten Phase eine überwältigende Resonanz und Akzeptanz, so dass sich in und die Stadthalle in Gerolzhofen an beiden

Tagen zahlreiche Aussteller präsentieren konnten.

Breite Angebotspalette

Das breite Angebot der Vorträge und Nachsorge spiegelte eindrucksvoll die beachtlichen kommunalen Ressourcen auf dem Gesundheitssektor wider. Dazu sorgte ein buntes Programm für jung und alt nahezu rund um die Uhr für weitere Information und Abwechslung: Vorträge, Workshops, aktive Teilnahme der Besucher, „Aktivität und Entspannung“ und das alles bei freiem Eintritt. Mit den Gesundheitstagen sollte das Verständnis für den „Begriff Gesundheit“ erweitert werden. Daneben wurden auch die psychischen und sozialen Dimensionen und Aspekte miteinbezogen. □

tagsabgeordnete seien sich der Wichtigkeit ihrer Beschlüsse offenbar nicht bewusst. Auch der Nürberger SPD-OB Ulrich Maly schloss sich der Kritik seiner Kollegen an. „Hilfsbedürftige Kinder sollen weiterhin Hilfe bekommen“, unterstrich der Rathauschef. „Es könne aber nicht sein, dass Ärzte und Gutachter immer mehr Kindern „Defizite“ bescheinigen, die zur Folge hätten, dass die Kom-

munen „Hilfen zur Erziehung“ leisten müssten.“ Der Staat zahlt, egal ob Eltern Sozialhilfeempfänger oder Millionäre sind“, erklärte Maly. Die französischen Kommunalpolitiker fordern deshalb Änderungen bei der derzeit laufenden Beratung des Kindes- und Jugendhilfsetzes im Bundestag. So müsse etwa bei der Leistungsbeurteilung das Einkommen der Eltern berücksichtigt werden. DK

werden müsse. Nicht nur der Bund, sondern auch der Freistaat sei gefordert, den Kommunen finanzielle Spielräume für Investitionen zu lassen.

Landesentwicklung

In puncto Landesentwicklungspolitik - einem weiteren brisanten Tagungsthema - forderten die Landräte die Abschaffung oder zumindest eine große Reform des Landesentwicklungsplans. „Da steckt viel Papier drin, das eigentlich auf den Müll gehört“, erklärte Hanns Dorfner. Es sei der falsche Weg, bei Entwicklungsprojekten immer nur die Ballungsräume zu berücksichtigen. Wenn beispielsweise bei großen Einzelhandelsprojekten immer noch eine Rolle spiele, ob eine Stadt nun Unter-, Mittel- oder Oberzentrum sei, dann müsse man diese Vorurteile als antiquiert und investitionserschwerend betrachten. Entsprechende Reglementierungen müssten abgeschafft werden. Zudem sei die Entscheidungsfindung auf die Landkreise zu übertragen.

Jugend- und Sozialhilfe

Lücken in den Sozialgesetzen und ihrer Umsetzung haben nach Darstellung fränkischer Kommunalpolitiker zu einer Explosion der Ausgaben für die Jugend- und Sozialhilfe geführt. Schwammige Formulierungen im Gesetz öffneten selbst Menschen mit gutem Einkommen Tür und Tor für staatliche Leistungen, betonte die Sprecherin der mittelfränkischen Landräte, Gabriele Pauli. Viele Bundes-

Altenhilfeplanung für den Landkreis Fürth vorgestellt

„Wir müssen verstärkt an die Zukunft unserer Senioren denken“, appellierte Landrätin Gabriele Pauli bei einer Agenda-Veranstaltung des Landkreises Fürth. „Wir müssen helfen, die verschiedensten Lebens- und Wohnformen zu ermöglichen. Das Pflegeheim ist nicht die einzige Alternative.“

„Wie werden unsere Landkreiskinder im Alter wohnen?“ Diese Frage wurde im Rahmen der Altenhilfeplanung des Landkreises untersucht und an praxisorientierten Lösungen für die Zukunft gearbeitet.

In vorindustriellen Zeiten gehörte es zum Alltag der Familien, dass Eltern, Kinder und Großeltern unter einem Dach lebten. Heute wird das „Mehrgenerationen-Wohnen“ wieder modern als bewusste und freiwillige Entscheidung zum Nutzen aller Beteiligten. Auch „Senioren-WGs“ werden immer beliebter.

Aktuelle Entwicklung

Im Rahmen einer Themenveranstaltung mit dem Titel „Senioren im Landkreis Fürth“, zu der Vertreter der Gemeinden und Wohlfahrtsverbände, Seniorenbeiräte und -beauftragte, sowie die Vorsitzenden der örtlichen Altenclubs in das Landratsamt Fürth eingeladen waren, wies Landrätin Dr. Gabriele Pauli auf die aktuelle Bevölkerungsentwicklung hin. Demnach sind von den Einwohnern des Landkreises Fürth bereits 36,5 Prozent älter als 50 Jahre.

Zudem war in den vergangenen Jahren im Landkreis mit einem Plus von vier Prozent eine deutlich überproportionale Zunahme der über 65-Jährigen festzustellen, während der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung um zwei Prozent sank. Erstaunlich: Im Landkreis Fürth werden die Menschen am ältesten – verglichen mit den übrigen Mittelfranken; allerdings sind hier auch die Geburten am geringsten. Eine Entwicklung, die den Landkreis mit seinen Gemeinden vor große Herausforderungen stellt.

Rund 60.000 Euro Kosten

„Wir haben bereits 1996 eine erste Bedarfsermittlung vollzogen und berechnet, wie viele pflegebedürftige ältere Menschen es im Jahr 2010 im Landkreis Fürth geben wird.“ Dieser Altenhilfeplan, der 2002 vom Kreistag beschlossen wurde, müsse jetzt fortgeschrieben werden, so Pauli. Und das lasse sich der Landkreis auch etwas kosten. „Bislang haben wir rund 60.000 Euro für dieses Projekt ausgegeben.“

Teil der Altenhilfeplanung ist auch das „Integrierte, altersge-

mischte Wohnen“, über das die Leiterin der Wohnberatung im Nürnberger „Okozentrum“, Gerda Zeuss, informierte. Immer mehr Senioren schließen sich zu Wohngemeinschaften zusammen. „Viele sehen es als Vermeidung des Heimaufenthalts oder auch als Aufschub“, erklärte die Referentin.

Als eines der vielen bewährten Beispiele nannte sie ein Wohnprojekt in Göttingen, bei dem mehrere ältere Frauen unter einem Dach das letzte Lebensdrittel miteinander verbringen. „Keine der Frauen muss Angst haben, im Krisenfall in einem Heim zu sein, da immer Menschen da sind, die für den anderen sorgen.“

Beispiel Heroldsberg

Auch in Heroldsberg funktioniert diese neue Wohnform perfekt: „Hier leben drei Ehepaare unter einem Dach, allerdings in getrennten Einzelwohnbereichen, darunter auch ein MS-Kranker. Die Frau des kranken Mannes berichtete mir, dass sie sich wie ein neuer Mensch fühle, seit sie auch mal beruhtig das Haus verlassen könne, schließlich sei ihr Mann ja nicht alleine.“

Wichtig sei jedoch, dass jedes einzelne Projekt maßgeschneidert werden müsse. Dabei dürfe man die finanzielle Situation der Betroffenen nicht aus den Augen lassen. „Häufig ist es nämlich so, dass es für ältere Leute oft keine Kredite gibt. Deshalb müssen wir die Wohnungsbaugesellschaften überzeugen, dass das Haftungsrisiko für beide Seiten eingeschränkt ist.“

Und so arbeite man im Moment daran, Träger- und Finanzierungsformen zu entwickeln,

die es einer breiten Bevölkerungsschicht ermöglicht, so zu leben.

„Wir werden uns noch wundern, wie sehr wir uns in der Zukunft noch gegenseitig helfen müssen“, appellierte Gerda Zeuss, räumte aber ein, dass die Personen, die ein solches „Mehrgenerationen-Wohnen“ lebten, sich untereinander natürlich verstehen müssten. Die meisten verstanden sich als „Wahlverwandtschaft“, berichtete Zeuss aus ihrem reichen Erfahrungsschatz.

Besonders am Herzen liegt dem Landkreis bei der Altenhilfeplanung das richtige Informationssystem, um die Transparenz der bestehenden Angebote wesentlich zu verbessern. Angestrebt wird ein umfassendes und möglichst automatisiertes Programm, in das Einrichtungen und Dienste eigenverantwortlich Informationen und Angebote einstellen können. Die Internet-Lösung soll insbesondere Ärzten, Krankenhäusern, Interessenvertretungen von Senioren, aber auch den Senioren selbst und den Angehörigen einen umfassenden Überblick über alle Bereiche der Altenhilfe im Landkreis Fürth bieten.

„Pflegeplatzbörse“

Erstes „Modul“ dieses „Altenhilfe-Informationssystems“ soll eine „Pflegeplatzbörse“ oder „Heimplatzbörse“ sein. Hierzu wurde in der Themenveranstaltung ein erster Entwurf vorgestellt. Die „Heimplatzbörse“ wird voraussichtlich Ende des Jahres ins Netz gestellt. Zuvor soll eine eigens dafür installierte

„Projektgruppe“, die hauptsächlich aus Heimplatzgebern, die Möglichkeit haben, die „Heimplatzbörse“ zu testen. Wenn die „Heimplatzbörse“ dann Ende des Jahres ins Netz geht, ist es möglich, einen Heim- bzw. Pflegeplatz für sich oder einen Angehörigen zu finden und sich über das Angebot und die



Wertungen als „Brücke“

Die besondere Brückenfunktion der Stadt Wertingen wurde in unserem Bericht in der GZ Nr. 12, Seite 15, vom 23. Juni 2005 über die Landkreisausstellung in Wertingen besonders hervorgehoben. Infolge eines technischen Versehens wurde diesem Beitrag das falsche Foto beigelegt. Im Bild oben das richtige Bild vom Rundgang nach der Ausstellungseröffnung (von rechts): Bürgermeister Erhard Frielgel, Holzheim, Sonja Heindl von der Gemeindeverwaltung Buttenwiesen, Bürgermeister Willy Lehmeier, Wertingen, stellvertretende Landrätin Angela Rieder, Landrat Leo Schreil, Bürgermeister Bernhard Walter, Altenminster. Bild: jdt

Leistungen der verschiedenen Einrichtungen zu informieren.

Vereinfachte Karte

„Viele Internetseiten sind viel zu unübersichtlich. Hier soll der Besucher der Website sofort erkennen können, wo er das findet, was er sucht“, betonte Manfred Zehe vom Bamberger Institut für angewandte Wirtschafts- und Sozialforschung/Modus, der dieses Projekt betreut.

Künftig kann man u.a. auf einer vereinfachten Karte des Landkreises anhand von roten und grünen Häuschen genau erkennen, welches Pflegeheim noch Plätze frei hat. „Klickt man dann auf das jeweilige Symbol, sieht man, wie viele Plätze zur Verfügung stehen“, so Zehe. Außerdem sollen detaillierte Informationen zu den einzelnen Einrichtungen abrufbar sein.

Die „Pflegeplatzbörse“ des

Landkreises Fürth soll ferner über eine Datenbank verfügen, die so ausgestattet ist, dass die Einrichtungen eigenständig über ein Internet-Formular ihre Daten aktualisieren können. „Dadurch wäre garantiert, dass die Daten wirklich topaktuell und nicht veraltet sind, was bei anderen Internetseiten leider häufig der Fall ist“, erklärte Zehe. „Die Einrichtungen haben die Möglichkeit, freie Plätze sofort selbstständig in das System einzuspeisen.“

Hervorragender Service

„Damit bietet der Landkreis Fürth für seine Senioren einen hervorragenden Service“, so die Landrätin. „Die bis heute allein in der Altenhilfeplanung investierten Mittel sind es uns wert, weil damit vielen Senioren geholfen werden kann, ihren eigenen Weg im Alter selbst zu bestimmen.“ □

Vorschau auf GZ 14

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 14, die am 21. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrsweesen - ÖPNV
- Winterdienstplanung - Kommunalfahrzeuge
- Fachliteratur
- Kommunale Rechtsfragen